

Helen Mieke Hein

DEZENTRALISIERUNG IN TUNESIEN

STATE-SOCIETY-SYNERGIEN
AM BEISPIEL EINER TUNESISCHEN NGO

DISKUSSIONSPAPIERE – WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT
UND GEOGRAPHIE IM VORDEREN ORIENT

122

Seitdem in Tunesien die Jasmin-Revolution im Dezember 2010 das Ende der Ära unter dem autoritären Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali einläutete, wurde ein demokratisches System aufgebaut, das sich durch dezentralisierende Maßnahmen auszeichnet. Dezentralisierung soll die großen politischen, sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen des Landes ausgleichen und gleichen Zugang zu Ressourcen garantieren. Mithilfe der Untersuchung der synergetischen Beziehungen, die die tunesische Organisation Arab Institute for Democracy eingeht, wird sich diesem komplexen Prozess aus der Perspektive eines Akteurs des Demokratisierungsprozesses genähert. Es zeichnet sich ab, dass zehn Jahre nach der Revolution die regionalen Disparitäten anhalten und Ressourcen im Zentrum des Landes, der Hauptstadt Tunis, weiterhin einfacher abzurufen sind als in abgelegeneren Landesteilen. Die jüngeren politischen Ereignisse gefährden erst recht einen dauerhaften Erfolg der dezentralisierenden Maßnahmen.

DIE REIHE

Die Reihe *Diskussionspapiere – Wirtschaft, Gesellschaft und Geographie im Vorderen Orient* wurde 1990 am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin gegründet. Sie ist interdisziplinär und transregional angelegt und umfasst Veröffentlichungen, die sich kritisch mit wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen und eng damit verbundenen gesellschaftlichen und kulturellen Fragestellungen im Nahen und Mittleren Osten, in der Golfregion und in Nordafrika sowie in angrenzenden Weltregionen auseinandersetzen.

Seit 2022 erscheint die Reihe bei *MENALIB – The Middle East Virtual Library*, Fachinformationsdienst Nahost-, Nordafrika- und Islamstudien. Die Diskussionspapiere unterliegen einem intensiven Begutachtungs- und Redaktionsprozess durch den Herausgeber.

Die Übersicht über die Reihe und die bisher digitalisierten Bände sind zu finden unter:
<https://www.menalib.de/vifa/menadoc/diskussionspapiere>

Diskussionspapiere – Wirtschaft, Gesellschaft und Geographie im Vorderen Orient

Herausgegeben von
Steffen Wippel

Band 122

Helen Mieke Hein

Dezentralisierung in Tunesien

State-Society-Synergien
am Beispiel einer tunesischen NGO

ISSN (Online) 2940-1747
URN: urn:nbn:de:gbv:3:5-1351414153-1827164689-10
(<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:5-1351414153-1827164689-10>)
DOI: 10.25673/96533 (<https://doi.org/10.25673/96533>)

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.dnb.de>.

2022 MENALIB – The Middle East Virtual Library
Fachinformationsdienst Nahost-, Nordafrika- und Islamstudien
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
Halle (Saale)

<https://www.menalib.de>



CC-BY 4.0

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Dezentralisierung und theoretischer Rahmen der Untersuchung	4
2.1	Vor- und Nachteile von Dezentralisierung	4
2.2	Evans' Konzept der State-Society-Synergien	6
2.3	Soziales Kapital und die Kapazität einer Organisation	9
3	Geschichte und rechtlicher Rahmen der Dezentralisierung in Tunesien	11
3.1	Politische Entwicklungen bis zur Jasmin-Revolution	11
3.2	Demokratisierung und Dezentralisierung als neue politische Paradigmata	13
4	Das Arab Institute for Democracy	18
5	Das AID im gesellschaftspolitischen Kontext Tunesiens	22
5.1	Doppelfunktionen der AID-Mitglieder	22
5.2	Das AID und die tunesische Elite	24
5.3	Das soziale Kapital des AID	27
5.4	Kapazitätenaufbau des AID	28
6	Das AID als synergieerzeugender Akteur des Dezentralisierungsprozesses	32
6.1	State-Society-Synergien nach Evans: Staat und AID in einer synergieerzeugenden Beziehung	32
6.2	Rollenwechsel: Society-State-Synergien durch die Bereitstellung von Ressourcen des AID	33
6.3	Society-Society-Synergien: Beziehungen unter nichtstaatlichen Akteur*innen	35
6.4	Synergieerzeugung durch Grenzüberschreitungen und Doppelfunktionen	35

Inhalt

7	Das AID als Akteur im Transitionsprozess: Dezentralisieren vom Zentrum aus	38
8	Schlussbemerkung	41
Literatur		43
	Interviews und Gedächtnisprotokolle	45

Abkürzungen

AID	Arab Institute for Democracy
CCL	Code des Collectivités Locales
COA	Conseil de l'ordre des avocats
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
ENI CBC MED	European Neighbourhood Instrument Cross-Border Cooperation „Mediterranean Sea Basin Programme“ (2014–2020)
GIZ	Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
LTDH	Ligue tunisienne des droits de l'homme
NGO	Non-Governmental Organisation, Nichtregierungsorganisation
PIC	Plan d'Investissement Communal
PRE	Politisch relevante Elite
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique
TADAEEM	Tunisia Accountability, Decentralization, and Effective Municipalities
UGTT	Union Générale Tunisienne du Travail
UTICA	Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat
WANA	Westasien und Nordafrika

1 Einleitung

Im Dezember 2010 lösten Proteste in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid Umbrüche in der gesamten Region Westasien und Nordafrika (WANA) aus, die in westlichen Medien als „Arabischer Frühling“ bekannt wurden.¹ In Tunesien stand die Forderung nach demokratischen Reformen im Vordergrund, die den unter Präsident Zine el-Abidine Ben Ali autoritär geführten Staat grundlegend verändern sollten. Eine zentrale Forderung der Demonstrierenden war die Stärkung der abgehängten Regionen, die nicht an der Küste oder nahe der Hauptstadt Tunis liegen. Seitdem wurden dezentralisierende Maßnahmen vom Staat, von internationalen Stiftungen sowie lokalen Organisationen ergriffen und Dezentralisierung als ein Konzept der Entwicklung in der tunesischen Verfassung festgeschrieben, um die sozioökonomischen Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung mithilfe der Umverteilung politischer Entscheidungsvollmachten auf die subnationalen Ebenen auszubalancieren.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit dem Verlauf der Dezentralisierung als Teil des Demokratisierungsprozesses in Tunesien. Sie möchte den Stand der Dezentralisierung zehn Jahre nach dem Systemwechsel erfassen und mögliche strukturelle Schwächen erörtern, die den Prozess behindern. Die Grundlage dafür bildet das Konzept der State-Society-Synergien, das der amerikanische Soziologe Peter Evans entwickelt hat.² Die Untersuchung solcher Synergien, die die tunesische Nichtregierungsorganisation (NGO) Arab Institute for Democracy (AID) mit dem Staat eingeht, verdeutlicht ihre Rolle als Akteur im nationalen Demokratisierungsprozess. Das AID widmet sich neben anderen Themen vor allem den Prozessen von Dezentralisierung und Demokratisierung in Tunesien. Der Fokus auf synergetische Beziehungen erlaubt es, die verschiedenen Akteur*innen³ der Dezentralisierung zueinander in Bezug zu setzen, aber auch die Rolle der Zivilgesellschaft während des Dezentralisierungsprozesses zu erfassen. Dies ist umso wichtiger, da die Zivilgesellschaft einen wichtigen Teil zum Gelingen der Demokratisierung beiträgt und der Erfolg dieses Prozesses maßgeblich von ihrer Beteiligung abhängt. Nicht zuletzt soll die Komplexität des Dezentralisierungsprozesses verdeutlicht werden, die ein solches Mitwirken mit sich bringt.

1 Die verschiedenen Bewegungen hatten jeweils ihre eigenen Motivationen und unterschiedlichen Hintergründe, weswegen eine Zusammenfassung der Ereignisse unter dem Begriff „Arabischer Frühling“, wie er von mehrheitlich westlichen Medien bevorzugt wurde, diese Diversität unterschlägt. Aus diesem Grund werden in dieser Studie die Geschehnisse in Tunesien als „Jasmin-Revolution“ bezeichnet.

2 Evans 1997.

3 In dieser Veröffentlichung wird der Asterisk (*) benutzt, um gendergerechte Sprache zu verwenden und alle Geschlechter einzubeziehen.

Der theoretische Teil der Studie beginnt mit einer Übersicht über die konzeptionelle Debatte um Dezentralisierung in der wissenschaftlichen Literatur. Daraufaufgehend wird Evans' Konzept der State-Society-Synergien zunächst vorgestellt und dann erweitert, um weitere synergetische Beziehungen im Dezentralisierungsprozess zu erfassen. Außerdem bezieht diese Studie soziales Kapital als einen Aspekt der Synergieerzeugung ein, um die Kapazitätenbildung von NGOs zu erklären. Das dritte Kapitel führt in den tunesischen Kontext ein: einem kurzen geschichtlichen Überblick über das Land und die Ereignisse während der Jasmin-Revolution folgt die Erläuterung der Dezentralisierungsbestrebungen als Produkt der Revolution und des neu gesetzten rechtlichen Rahmens. Vor diesem Hintergrund stellt das vierte Kapitel die Zielsetzungen und Aktivitäten des AID vor. Dem schließt sich im fünften Kapitel eine Darstellung der vielfältigen Beziehungen der Mitglieder des AID in die zivilgesellschaftliche und politische Landschaft Tunesiens an, die zugleich deren Wandel im Verlauf der Zeit aufzeigt. Von diesen Beziehungen ausgehend untersucht das Kapitel auch das soziale Kapital der Interviewpartner*innen, das einen zentralen Aspekt der Kapazität der NGO darstellt. Das sechste Kapitel behandelt ausführlich die Erzeugung verschiedener Formen von Synergien, worauf im folgenden letzten Kapitel das AID als Akteur im Dezentralisierungsprozess eingeordnet und die sich abzeichnende Dichotomie zwischen diesem Prozess und den Zielen der Dezentralisierung diskutiert werden.

Grundlage für die Studie ist ein Praktikum mit anschließendem Forschungsaufenthalt.⁴ Durch das vorangegangene Praktikum stand mir bereits ein gewisses „Erfahrungswissen“⁵ für die Feldforschung zur Verfügung, nämlich das ethnografische Verständnis des Felds, in dem ich mich bewegte. Zudem kann meine Arbeit der „engaged anthropology“⁶ zugeordnet werden, da das Praktikum der ersten Kontaktaufnahme mit dem AID und seinen Mitarbeiter*innen diente.⁷ Während meines Praktikums notierte ich mir Eindrücke aus meiner Tätigkeit und nahm beobachtend an einer Konferenz teil.⁸ In der sich anschließenden Forschungsphase führte ich sechs themen-

4 Der fünfmonatige Aufenthalt in Tunesien dauerte von Oktober 2019 bis Februar 2020. Während meines Aufenthalts habe ich viel über die Organisation und über Dezentralisierung lernen können. Ich danke dem AID für die Unterstützung und den wertvollen Einblick.

Vorliegendes Diskussionspapier beruht auf einer Abschlussarbeit in Ethnologie und Arabistik an der Universität Leipzig. Ich danke außerdem Dr. Steffen Wippel, der mich sehr darin unterstützte, die Abschlussarbeit in dieses Diskussionspapier umzuarbeiten.

Das überarbeitete Manuskript wurde zu Jahresanfang 2022 abgeschlossen (Anm. d. Herausgebers).

5 Breidenstein et al. 2015, S. 115.

6 Low und Merry 2010, S. 209.

7 Vgl. Ebd., S. 207.

8 Die Methode der teilnehmenden Beobachtung ist fester Bestandteil des methodischen Repertoires in der Ethnologie, sollte jedoch nicht unkritisch gesehen werden. Andere Methoden der ethnologischen Forschung wurden stets weiterentwickelt, während die teilnehmende Beobachtung fast unverändert wie zu Zeiten Malinowskis durchgeführt wird. Zu weiterer Kritik siehe Spittler 2001.

zentrierte, halbnarrative Interviews⁹ mit Mitarbeiter*innen des AID sowie ein weiteres Interview mit einer Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), die der deutschen Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) nahe steht, und nahm beobachtend an einer weiteren Konferenz teil.¹⁰ Mein Datenkorpus umfasst somit Verschriftlichungen in Form von Gedächtnisprotokollen zu den Interviews und Konferenzen, audiovisuelle Aufzeichnungen der Interviews und schriftliche Dokumente des AID; zudem nutzte ich die Facebook-Seite des AID für meine Recherche.

Eine Forschung zu einem Thema durchzuführen, birgt eine große Verantwortung gegenüber dem Gegenstand und den Auswirkungen einer Veröffentlichung, der sich die forschende Person stellen muss. Außerdem kann das Erforschte nur einen Ausschnitt eines größeren und vielschichtigeren Prozesses abbilden. Das Feld, das ich um das AID absteckte, kann nicht als ein isolierter Fall gesehen werden, sondern ist in größere, globale Zusammenhänge eingebettet. Dessen war ich mir während meiner Forschung bewusst. Auch die Position als *weiße*¹¹ Studentin der Arabistik und Ethnologie wird meine Forschung und meine Erkenntnisse geprägt haben. Die Ausbildung in einer eurozentrischen Tradition an einer europäischen Universität und meine davon geprägte Positionalität lassen sich trotz deren Reflektion nicht vollständig aufheben, was durchaus meine Perspektive auf den Dezentralisierungsprozess in Tunesien beeinflusst haben mag.

⁹ Vgl. Schlehe 2008, S. 77–78.

¹⁰ In dieser Arbeit werden die Namen der Interviewpartner*innen anonymisiert mit Ausnahme des Chefs des AID, der mir schriftlich die Zustimmung zur Verwendung seines vollen Namens gab und darüber hinaus eine prominente politische Persönlichkeit ist, dessen Identität anhand der in dieser Arbeit erwähnten Ämter nachzuverfolgen wäre.

¹¹ Das Wort *weiß* bezeichnet nicht die Hautfarbe, sondern bezieht sich auf die Sozialisierung in einer *weißen* Mehrheitsgesellschaft und die Privilegien, die damit einhergehen. Weiß ist somit eine konstruierte Kategorie, was durch die kursive Schreibweise zum Ausdruck kommen soll.

2 Dezentralisierung und theoretischer Rahmen der Untersuchung

Die Dezentralisierung von politischen Befugnissen und Entscheidungsvollmachten ist ein Ansatz, der in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit an Popularität gewann. Deswegen erscheint es sinnvoll, den hier vorliegenden Sachverhalt mit einem Konzept aus der politischen Entwicklungszusammenarbeit zu betrachten, das im Folgenden vorgestellt wird. Um die komplexen Beziehungen des Fallbeispiels zu erfassen, lohnt es sich, Evans' Konzept der State-Society-Synergien auf den tunesischen Kontext anzuwenden und zu erweitern. Daraus ergeben sich neben den State-Society-Synergien auch andere Formen von Synergien, die ich als Society-State-Synergien oder Society-Society-Synergien bezeichne. Evans bezieht zudem die Erzeugung von sozialem Kapital nach Robert Putnam in sein Konzept ein. Dies setze ich in einen Zusammenhang mit der Kapazitätenbildung von NGOs, auf die die schwedische Professorin für Development Management und Governance Sylvia Bergh in ihrer Untersuchung des Dezentralisierungsprozesses im ruralen Marokko eingeht. In ihrer Analyse bezieht sie sich ebenfalls auf Evans' Konzept, weswegen mir ihre Arbeit als eine weitere Grundlage dient, um synergetische Beziehungen im Dezentralisierungsprozess zu erfassen.¹²

2.1 Vor- und Nachteile von Dezentralisierung

Dezentralisierung als Konzept beinhaltet die Übertragung von Vollmachten, Verantwortlichkeiten und finanzpolitischen Befugnissen einer zentral organisierten Regierung auf subnationale Ebenen der Verwaltung.¹³ Seit den 1950er Jahren wird das Konzept in Politik und wissenschaftlicher Literatur vermehrt diskutiert.¹⁴ Die theoretische Auseinandersetzung stand im Zusammenhang mit einer praktischen Anwendung, die besonders seit den 1980er Jahren dezentralisierende Maßnahmen in strukturellen Anpassungsprogrammen förderte.¹⁵

Die Umverteilung politischer Entscheidungsvollmachten auf subnationale Ebenen verspricht, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe in schwächeren Regionen zu beleben und somit einen Aufschwung auf sämtlichen sozialen und strukturellen Ebenen der Gesellschaft zu stimulieren. Als positive Effekte der

¹² Bergh 2017.

¹³ Vgl. Hartmann und Crawford 2008, S. 7.

¹⁴ Vgl. Kulipossa 2004, S. 768.

¹⁵ Vgl. Hartmann und Crawford 2008, S. 12.

Dezentralisierung werden die Reduzierung von Armut, die Entspannung struktureller Konflikte und die erhöhte Repräsentation der Bevölkerung genannt. Durch einen Ausgleich der Ressourcenverteilung sollen sowohl eine bessere Effizienz der strukturellen Abläufe als auch eine bedarfsgesteuerte Reaktion auf regionale Herausforderungen und Besonderheiten erreicht werden. Zudem erhofft man sich, durch die Nähe der Bevölkerung zu den gewählten Entscheidungsträger*innen Korruption zu vermindern und mehr Transparenz in der Verwaltung herzustellen.¹⁶

In den 1990er Jahren wurde das Konzept der Dezentralisierung zunehmend auf politische Prozesse erweitert und wird seitdem häufig mit Vorstellungen von Demokratisierung zusammen gedacht.¹⁷ Dies legt nicht zuletzt die Umverteilung der politischen Entscheidungsvollmachten auf ein lokales Niveau nahe, die auf die Stärkung lokaler Verwaltungen und Regierungsformen fokussiert. Auch soll Dezentralisierung das Potential für Demokratie, Partizipation und Handlungsfähigkeit auf lokaler Ebene fördern.¹⁸ Laut Fidelx Pius Kulipossa tragen folgende Eigenschaften der Dezentralisierung zur weiteren Teilhabe und zum Engagement einer aktiven Zivilgesellschaft bei:

[...] political education; training in political leadership; political stability; political equality; accountability; responsiveness; improved decision making and inter-organisational coordination; and the promotion of competition.¹⁹

Manche progressiven zivilgesellschaftlichen Organisationen sehen Dezentralisierung deswegen als eine Möglichkeit, bei Entscheidungsprozessen auf der lokalen Ebene mitwirken zu können.²⁰

Dezentralisierung kann nach Christof Crawford und Gordon Hartman unterschiedliche Formen annehmen. Devolution (oder auch demokratische Dezentralisierung) bedeutet die Umverteilung politischer Entscheidungsmacht und von Ressourcen an subnationale, demokratisch gewählte Autoritäten, die relativ unabhängig vom Zentralstaat sind. Dekonzentration (oder auch administrative Dezentralisierung) ist dahingegen die Verteilung der politischen Autorität auf subnationale Zweige des Staates, die oft in direkter Verbindung zum Zentralstaat stehen. Dies umfasst beispielsweise die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Eine andere, in der Literatur ebenfalls erwähnte Form ist die fiskalische Dezentralisierung, die sich durch eine Umverteilung der Entscheidungsvollmacht über finanzwirtschaftliche Aspekte an dezentrierte, gewählte Bevollmächtigte auszeichnet. Es wird diskutiert, ob es sich dabei um eine eigenständige Form oder eine Mischform aus Devolution und

¹⁶ Vgl. Ebd., S. 12–13.

¹⁷ Vgl. Ebd., S. 12–13.

¹⁸ Kulipossa 2004, S. 774.

¹⁹ Smith 1985, zitiert nach Kulipossa 2004, S. 768.

²⁰ Vgl. Hartmann und Crawford 2008, S. 12.

Dekonzentration handelt.²¹ So unterscheidet beispielsweise auch Intissar Kherigi in Tunesien zwischen fiskalischer, administrativer und politischer Dezentralisierung.²²

Bei der Umsetzung des Dezentralisierungskonzepts im realen Kontext muss jedoch beachtet werden, dass Dezentralisierung vielfältig sowie komplex ist und viele Schwierigkeiten mit sich bringen kann. Die vielfältigen Ergebnisse des Prozesses können positiv wie negativ ausfallen.²³ Es braucht eine klare Teilung der Verantwortlichkeiten auf der strukturellen Ebene, um Dezentralisierung effektiv umzusetzen und Ineffizienzen in der Struktur und Unsicherheiten im Ablauf zu vermeiden. Außerdem bedarf es eines hohen Verwaltungsaufwands, um das gesamte System zu restrukturieren und an die neu verteilten Verantwortlichkeiten anzupassen. Für Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler Ebene reicht es zudem nicht, allein die Strukturen dafür zu schaffen. Die Möglichkeiten der politischen Teilhabe müssen in Anspruch genommen werden, um Dezentralisierung effektiv zu machen.²⁴

Hartman und Crawford widersprechen auch der Annahme, dass sich mit der Dezentralisierung automatisch die Transparenz des politischen Handelns gegenüber der Bevölkerung vergrößert, da der Wille Rechenschaft abzulegen genauso wie der Wille der nationalen Elite Dezentralisierung mitzutragen nicht automatisch gegeben sind.²⁵ Ferner gilt es zu beachten, dass

central governments that pursue decentralization are not monolithic entities—the goals and behaviors of various actors within the central governments that pursue decentralization reforms, and their relative ability to shape policy may vary considerably.²⁶

Zuletzt beschreiben Hartman und Crawford ein Phänomen, das sie „local elite capture“²⁷ nennen: Die Vorteilsnahme lokaler Eliten, die sich an unverteiltern Ressourcen und politischer Macht bereichern, gleicht entgegen dem Ziel von Dezentralisierung Ungleichheiten nicht aus, sondern verfestigt sie oftmals auf lokalem Niveau.²⁸

2.2 Evans' Konzept der State-Society-Synergien

Evans setzt sich in seiner Arbeit mit den komplexen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft auseinander. Seine Überlegungen zu synergetischen Beziehungen

21 Vgl. Ebd., S. 9.

22 Vgl. Kherigi 2017, S. 7.

23 Vgl. Hartmann und Crawford 2008, S. 8.

24 Vgl. Ebd., S. 14–15.

25 Vgl. Ebd., S. 15.

26 Eaton et al. 2011, S. xiii.

27 Hartmann und Crawford 2008, S. 16.

28 Vgl. Ebd., S. 16.

fokussieren auf State-Society-Synergien, die zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft entstehen. Den Staat definiert er als die Regierung und die dazugehörigen bürokratischen Institutionen.²⁹ Im Gegensatz dazu wird die Zivilgesellschaft als Gemeinschaft engagierter Bürger*innen³⁰ mit „community norms and interpersonal networks“³¹ entworfen. Ferner ordnet Evans den Staat und die Gesellschaft konzeptionell zwei unterschiedlichen Sphären zu, wobei der Staat die öffentliche und die Gesellschaft die private Sphäre darstellt.³² Deren strikte Trennung wird jedoch in der Praxis aufgebrochen.³³ In dieser Arbeit werden die Begriffe des Staats und der Gesellschaft Evans' Sprachgebrauch entsprechend verwendet.

Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit untersuchend argumentiert er, dass bei einer Kooperation der Staat und die Zivilgesellschaft Ressourcen in den Entwicklungsprozess einbringen.³⁴ Diese Kooperation soll auf Werten wie Vertrauen und Reziprozität aufbauen und von den persönlichen, in der Gemeinschaft verankerten Beziehungen profitieren.³⁵ Den daraus resultierenden Synergieeffekt definiert er als „mutually reinforcing relations between governments and groups of engaged citizens.“³⁶ Diese einander ergänzenden, beidseitigen Anstrengungen führen Evans zufolge zu einem besseren Ergebnis, als einzelne Anstrengungen der beiden Seiten jeweils hervorbringen könnten.³⁷

29 Vgl. Evans 1997, S. 8.

30 Vgl. Ebd., S. 179.

31 Ebd., S. 3.

32 Vgl. Ebd., S. 7.

33 Vgl. Ebd., S. 8.

34 Obwohl sich Evans' theoretischer Rahmen für diese Studie anbietet, ist er mit Vorsicht zu gebrauchen. Er kategorisiert Länder nach „poor“, „poor developing“ oder „advanced industrial“ (Evans 1997, S. 1–2). Diese Nebeneinanderstellung impliziert die Annahme einer linearen und messbaren Entwicklung, die „entwicklungsbedürftige“ Länder modernen Industrienationen gegenüberstellt, was wiederum deren Eingreifen (beispielsweise in der Entwicklungszusammenarbeit) legitimieren kann. Zudem beschreibt er den Staat als zentralen Akteur einer wirtschaftlichen Entwicklung gemäß dem dominierenden kapitalistischen Modell (vgl. Ebd., S. 3). Damit steht er stellvertretend sowohl für ein kapitalistisches als auch ein hierarchisches Verständnis von Entwicklung und Entwicklungspolitik in Bezug auf Länder des globalen Südens. Eine solche Sichtweise birgt jedoch die Gefahr, wirtschaftlichen Dynamiken, politische Verhältnisse und gesellschaftlichen Normen des untersuchten Landes zu übergehen. Eine internationale Zusammenarbeit nach kapitalistischen Maßstäben bereitet dabei einer Ausbeutung lokaler Strukturen in sogenannten „Entwicklungsländern“ den Weg und würde letztendlich koloniale Machtbeziehungen der Vergangenheit fortsetzen (vgl. Furia 2015, 3–5). Um gesellschaftliche Ungleichheiten nicht zu reproduzieren, ist die Reflexion über die eigenen Analyseinstrumente essenziell.

35 Vgl. Evans 1997, S. 2–3.

36 Ebd., S. 179.

37 Vgl. Ebd., S. 4.

Zwischen Evans' Definition der Synergien und den erwarteten Ergebnissen dezentralisierender Maßnahmen sind Überschneidungen erkennbar:

the idea of ‚synergy‘ implies that civic engagement strengthens state institutions, and effective state institutions create an environment in which civic engagement is more likely to thrive.³⁸

Diese positive Wechselwirkung zwischen besserer Performanz der staatlichen Institutionen und größerem Engagement der Zivilgesellschaft ist unter anderem ein Anspruch der Dezentralisierung, weswegen es sich anbietet, synergetische Beziehungen im Rahmen dezentralisierender Maßnahmen zu betrachten.

Synergetische Beziehungen können unter unterschiedlichen Voraussetzungen entstehen. Der beste Weg, um sie zu verstehen, ist deshalb die Beschreibung als ein „set of public-private relations built around the integration of complementarity and embeddedness.“³⁹ Komplementarität beschreibt die Beziehungen zwischen einem Staat, der ein (im)materielles Gut zur Verfügung stellt, und einer*m zivilgesellschaftlichen Akteur*in, der*die das bereitgestellte Gut nutzt und dabei die eigene Arbeitskraft und Anstrengung einbringt, um die Synergie entstehen zu lassen. Als Beispiel nennt Evans die Bereitstellung von Infrastruktur zur Bewässerung in der Landwirtschaft, die die lokale Bevölkerung selbstorganisiert nutzen kann, um ihre Felder zu bewirtschaften. Die Bereitstellung der benötigten Infrastruktur einerseits und deren selbstbestimmte Nutzung andererseits stellen eine Synergie dar. Der Staat müsste im Fallbeispiel erhebliche eigene personelle Ressourcen aufbringen, um die Bewässerungssysteme selbst zu nutzen. Die lokale Bevölkerung kann ohne Bewässerungssysteme bei weitem nicht so effizient produzieren, verfügt gleichzeitig aber auch nicht über die eigenen Mittel, um ein Bewässerungssystem anzulegen. Die Bereitstellung der Infrastruktur und die Nutzung durch die lokale Bevölkerung beinhaltet demnach für beide Seiten Vorteile. Die effiziente Nutzung der Infrastruktur durch die lokale Bevölkerung führt zur Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit und Produktion, die nicht zuletzt auch die lokale Gemeinschaft stärkt.⁴⁰

Synergien, die aus einer Einbettung („embeddedness“) entstehen, versprechen ebenfalls positive Auswirkungen auf die strukturelle Entwicklung der Gesellschaft. Als Beispiel einer Einbettung führt Evans Verwaltungsangestellte an, die in der Gemeinde arbeiten, in der sie leben. Diese doppelte Rolle als Angestellte des Staates und als Bürger*innen stellt eine Synergie dar, da Verwaltungsangestellte als Teil des öffentlichen Apparats unter demokratischen Voraussetzungen rechenschaftspflichtig gegenüber der Zivilgesellschaft sind, dessen Teil sie ebenso sind wie des

38 Ebd., S. 3.

39 Ebd., S. 189.

40 Vgl. Ebd., S. 182.

Staatsapparats.⁴¹ Es ist dabei bemerkenswert, wie in diesem Beispiel eine Person mehrere Rollen in sich vereint und in ihren Tätigkeiten regelmäßig Grenzen zwischen der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen Seite überschreitet.

Einbettung und Komplementarität bei der Erzeugung synergetischer Beziehungen werden hier für die Vermittlung des theoretischen Verständnisses getrennt. Die beiden Konzepte stehen aber keineswegs in Konkurrenz zueinander, sondern sind vielmehr selbst komplementär,⁴² da die meisten konkreten Fälle Kombinationen beider Formen öffentlich-privater Beziehungen umfassen.⁴³

Der hier nachgezeichnete theoretische Rahmen zielt hauptsächlich darauf ab, die Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft zu erfassen. Allerdings ergeben sich auch synergetische Beziehungen jenseits der Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft. Deswegen soll hier das von Evans vorgegebene Konzept der Synergien zwischen Staat und Gesellschaft erweitert werden, um die Komplexität der Verbindungen, die das AID als Akteur der Dezentralisierung zu seiner Umwelt unterhält, besser abbilden zu können. Ich erweitere Evans' Darstellung im sechsten Kapitel dieser Studie durch die Betrachtung der Society-State-Synergien, die zum einen die Umkehr der komplementären Beziehung bedeuten. Zum anderen werde ich darstellen, dass Society-State-Synergien aber auch durch die Einbettung der Akteur*innen in einen staatstragenden Prozess geprägt werden können. Außerdem fehlt in Evans' Theorie die Ebene der Society-Society-Synergien, die als komplementäre Beziehungen unter zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entstehen können. Auch dafür werde ich ein Beispiel geben. Zuletzt sehe ich einen weiteren synergieerzeugenden Aspekt in den Doppelfunktionen der Mitglieder des AID, der durch ihre Einbettung in verschiedene Kontexte zustande kommt.

2.3 Soziales Kapital und die Kapazität einer Organisation

Wie eingangs erwähnt, ist das soziale Kapital ein wichtiger Bestandteil von Evans' Konzeption. Er bezieht sich in seiner Argumentation auf Putnam,⁴⁴ der das soziale Kapital als „features of social organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“⁴⁵ definiert. Laut Evans ist dies zum einen eine immaterielle Ressource, zum anderen ein Ergebnis synergetischer Beziehungen, von dem die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen profitieren. Als eine immaterielle Ressource, auf die die Zivilgesellschaft zur

41 Vgl. Ebd., S. 183.

42 Vgl. Ebd., S. 187.

43 Vgl. Ebd., S. 180.

44 Vgl. Evans 1997, S. 3.

45 Putnam et al. 1994, S. 167.

Synergieerzeugung zurückgreifen kann, leistet soziales Kapital einen Beitrag zur Entwicklung einer funktionierenden Gesellschaft. Um informelle und gemeinschaftsbezogene Verbindungen zu erfassen, spricht Evans sich deswegen für eine Untersuchung der Beziehungen der Akteur*innen hinsichtlich ihres sozialen Kapitals aus.⁴⁶ Außerdem kommt Putnam in seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass soziales Kapital als ein Schlüsselfaktor von Demokratie angesehen werden kann.⁴⁷ Diese Erkenntnis lässt eine Untersuchung der Dezentralisierung als zentralen Aspekt des Demokratisierungsprozesses in Tunesien umso relevanter erscheinen.

Die Akkumulation von sozialem Kapital setzt voraus, dass die*der Akteur*in über die Fähigkeiten zu dessen Erzeugung verfügt. Im weiteren Sinne ist diese Fähigkeit eine Frage der Voraussetzungen und Möglichkeiten sich in der Gesellschaft zu organisieren. In ihrer Arbeit über Dezentralisierung am Beispiel zweier Kommunen im ruralen Marokko, die auf Evans' Konzept der Synergien basiert, führt Bergh den Begriff der „capacity“ ein, den ich als Kapazität übersetzt in dieser Arbeit verwende. Sie unterscheidet dabei zwischen den internen und den interaktiven Kapazitäten einer Organisation. Demnach ist die interne Kapazität einer Organisation eine Ressource, die sich aus dem dynamischen Zusammenspiel von „attitudes, resources, strategies, and skills“⁴⁸ ergebe. Als interaktive Kapazität wird die Fähigkeit, mit anderen Gruppen, Personen oder Organisationen zu interagieren, definiert.⁴⁹ Besonders bei der interaktiven Kapazität lassen sich Überschneidungen mit dem sozialen Kapital erkennen. Diese Interaktionsfähigkeit birgt „features of social organization“,⁵⁰ was ebenso als Eigenschaft des sozialen Kapitals gilt. Soziales Kapital ist demnach ein Bestandteil der Kapazität einer Organisation.

46 Vgl. Evans 1997, S. 2.

47 Vgl. Putnam et al. 1994, S. 185.

48 Bergh 2017, S. 35.

49 Vgl. Ebd., S. 35.

50 Putnam et al. 1994, S. 167.

3 Geschichte und rechtlicher Rahmen der Dezentralisierung in Tunesien

Dezentralisierung ist für das AID ein integraler Bestandteil seiner Arbeit. Jedoch ist der Demokratisierungsprozess erst seit einem Jahrzehnt im Gange und das Ergebnis einer Abfolge historischer Ereignisse, die den Kontext bilden, in dem die Organisation agiert. Deshalb weist dieses Kapitel auf einige zentrale geschichtliche Ereignisse hin, die zur Jasmin-Revolution im Jahr 2011 hinführten und wichtige Meilensteine der Dezentralisierungsmaßnahmen in Tunesien darstellen.

3.1 Politische Entwicklungen bis zur Jasmin-Revolution

Nach der militärischen Einnahme tunesischen Territoriums durch französische Truppen besiegelte die darauffolgende Unterzeichnung des Vertrags von Bardo im Jahr 1881 den Status Tunesiens als französisches Protektorat.⁵¹ Die Kolonialisierung ging mit der Stärkung einer zentralisierten Staatsstruktur einher, um die Integration und Ausbeutung der abgelegeneren Regionen gewährleisten zu können.⁵² Jahrzehntelang steuerte die Kolonialmacht eine „Modernisierung von oben“⁵³ im Interesse eines hochzentralisierten Staates. Das Ergebnis war eine Staatsorganisation, die ein von außen aufoktroiertes System war.⁵⁴ Nicht zuletzt deswegen war die Zeit des französischen Protektorats von Unruhen geprägt,⁵⁵ und antikoloniale Bewegungen erfuhren ab Ende der 1920er Jahre einen Aufschwung. Der Anwalt Habib Bourguiba wurde bald zur führenden Figur der nationalen Widerstandsbewegung gegen die Fremdherrschaft.⁵⁶ Schließlich wurde Tunesien 1955 ein Status der inneren Autonomie gewährt,⁵⁷ dem sich 1956 die nationale Unabhängigkeit anschloss.⁵⁸ Bourguiba wurde zum Premierminister der neu entstehenden Republik ernannt, deren Verfassung 1959 verabschiedet wurde.⁵⁹ Er hatte zwar die Unabhängigkeit des Landes unter anderem durch ein national vereinendes Narrativ erreichen können, trotzdem blieben regionale Un-

51 Vgl. Perkins 2008, S. 41.

52 Vgl. Kherigi 2017, S. 9.

53 Steinich et al. 2017, S. 132.

54 Vgl. Anderson 2014, S. 270.

55 Vgl. Masri 2017, S. 168.

56 Vgl. Ebd., S. 173–175.

57 Vgl. Perkins 2008, S. 126.

58 Vgl. Masri 2017, S. 188.

59 Vgl. Ebd., S. 195–197.

gleichheiten und Spannungen auch nach der Unabhängigkeit ein Problem für die tunesische Innenpolitik.

Bourguibas Gesundheitszustand verschlechterte sich, und seine zunehmend irrationalen politischen Entscheidungen⁶⁰ führten schließlich 1987 zur Machtübernahme durch den neuen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali.⁶¹ Nach einer kurzen Phase zögerlicher Demokratisierung führte bald auch er wie bereits sein Vorgänger Tunesien mit autokratischer Hand. Politische Opposition und kritische Stimmen aus der Bevölkerung wurden unterdrückt – durch Verurteilungen zu hohen Gefängnisstrafen, Folter und unaufgeklärtes Verschwinden.⁶² 2002 stellte sich Ben Ali gegen die Verfassung und erklärte sich zum Präsidenten auf Lebenszeit. Unter diesen politisch autoritären Rahmenbedingungen wurden die grassierenden regionalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Diskrepanzen zu einem immer größeren Problem; die ärmeren Teile der Bevölkerung im Süden und Westen des Landes wurden ausgeschlossen aus dem „system that marginalized those who did not have significant social clout or political connections, inviting corruption and handouts based on privilege.“⁶³ 2008 demonstrierten Arbeiter*innen in einem Phosphatwerk im südwestlich gelegenen Gafsa über einen Zeitraum von sechs Monaten gegen den größten regionalen Arbeitgeber, die Compagnie des Phosphates de Gafsa, für die Verbesserung ihrer prekären Lage. Weitere Proteste folgten in anderen Regionen und in Orten wie Ben Gardane im August 2010 und Sidi Bouzid, Kasserine und Thala zum Jahresende 2010.⁶⁴ Alle Regionen zeichneten sich durch ihre dezentrale Lage, ihre hohe strukturelle Schwäche und den enormen Unterschied ihrer Entwicklungschancen im Vergleich zu den nördlichen oder östlichen Küstengebieten aus.

So verwundert es nicht, dass das entscheidende Ereignis, das zu einer überregionalen und bald zu einer internationalen Protestbewegung anwachsen sollte, im peripher gelegenen Sidi Bouzid seinen Ausgangspunkt hatte. Am 17. Dezember 2010 setzte sich dort der Obsthändler Mohamed Bouazizi als Zeichen des Protests gegen die Diskriminierung durch die lokalen Behörden in Brand. Zuvor waren seine Waren konfisziert und sein Widerspruch von den involvierten Beamten mit Schikanen beantwortet worden.⁶⁵ Dies löste Proteste der Bevölkerung in der Kleinstadt aus. Als Reaktion auf die herrschenden Missstände, wie die verschlechterten sozioökonomischen Umstände, fehlende Arbeitsplätze und unfaire Behandlung durch lokale Verwaltungsstellen und Polizei, verbreitete sich die dezentrale Protestbewegung schnell

60 Vgl. Ebd., S. 213.

61 Vgl. Hill 2016, S. 48.

62 Vgl. Masri 2017, S. 28.

63 Ebd., S. 34.

64 Vgl. Allal 2013, S. 187–188.

65 Vgl. Tripp 2013, S. 90–91.

im ganzen Land und erreichte Ende Dezember die Hauptstadt Tunis. Die Forderungen nach einem Regierungswechsel und der Beseitigung der regionalen Ungleichheiten setzten Ben Ali unter Druck, sodass er schließlich am 14. Januar 2011 Tunesien verließ⁶⁶ und von Beji Caid Essebsi als Premierminister ersetzt wurde.⁶⁷

3.2 Demokratisierung und Dezentralisierung als neue politische Paradigmata

Dezentralisierende Maßnahmen waren in mehreren Staaten der WANA-Region eine Antwort auf die Protestbewegungen und zwei ihrer Hauptforderungen: „more participative governance and more efficient and accountable public services.“⁶⁸ Die demokratische Transition verlief in Tunesien nicht ohne Diskussion – ein erster Ausdruck demokratischer Partizipation. Als erstes wurde über die Zusammensetzung der Übergangsregierung entschieden, die sich schlussendlich aus Fouad Mebazza als Präsident und Mohammed Ghannouchi als Premierminister zusammensetzte.⁶⁹ Dem folgten mehrere Monate langer Diskussionen und Verhandlungen, ehe eine Einigung bezüglich des Übergangs zu einem demokratischen System erzielt werden konnte.⁷⁰

Als der Transitionsprozess nach der Ermordung eines Abgeordneten im Sommer 2013 zu einem Stillstand kam, formte sich das Quartet du Dialogue National, dessen vier Mitglieder verschiedene Teile der tunesischen Gesellschaft vertraten: der Gewerkschaftsdachverband Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT), der Arbeitgeberverband Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat (UTICA), die Menschenrechtsorganisation Ligue tunisienne des droits de l'homme (LTDH) und die NGO Conseil de l'ordre des avocats (COA). Das Quartett stand der Übergangsregierung beratend zur Seite und konnte schließlich den Transitionsprozess auf ein Neues anstoßen.⁷¹

Die erste freie Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung wurde im Oktober 2011 abgehalten und von mehreren internationalen Beobachter*innen als frei und fair bewertet.⁷² Im Jahr 2014 folgte die Verabschiedung der neuen Verfassung, die Duncan Pickard als das bisher greifbarste Ergebnis des Arabischen Frühlings bezeichnete.⁷³ Im selben Jahr fanden die ersten Parlamentswahlen statt. Allerdings führten geringes

66 Vgl. Schraeder und Redissi 2011, S. 7.

67 Vgl. Allal 2013, S. 185.

68 Houdret und Harnisch 2018, S. 936.

69 Vgl. Henneberg 2020, S. 21.

70 Vgl. Hill 2016, S. 72.

71 Vgl. Ben Salem 2016, S. 100.

72 Vgl. Hill 2016, S. 76.

73 Vgl. Pickard 2014, S. 259.

Wissen über die neue Verfassung und das neue Wahlsystem, die große Anzahl der Kandidat*innen sowie der Wahlmarathon (drei Wahlen innerhalb von drei Monaten) zur Überforderung vieler tunesischer Bürger*innen.⁷⁴

Die Entscheidung, politische Entscheidungsgewalt zu dezentralisieren, „is reflected in *de jure* changes in legal frameworks, including executive decrees, new statutes, and in some cases even constitutional reforms.“⁷⁵ Dies gilt auch für das Beispiel Tunesien und zeigt sich darin, dass Dezentralisierung einen integralen Bestandteil der tunesischen Verfassung bildet, was laut Hartman und Crawford „the strongest form of legal backing for decentralisation“⁷⁶ darstellt. Die neue Verfassung spiegelt demzufolge den Willen zur Dezentralisierung wider, schließlich befassen sich fast 10% ihrer Artikel mit Aspekten der Dezentralisierung.⁷⁷ Folgende zentrale Paragraphen beziehen sich darauf:

- § 14: Der Staat verpflichtet sich, die Dezentralisierung zu unterstützen und sie im gesamten Staatsgebiet im Rahmen der staatlichen Einheit anzuerkennen.
- § 131: Die Kommunalverwaltung basiert auf Dezentralisierung. Die Dezentralisierung wird durch lokale Behörden erreicht, die aus Gemeinden, Regionen und Provinzen bestehen, die gemäß einer gesetzlich festgelegten Aufteilung das gesamte Staatsgebiet abdecken. Es ist möglich, spezielle Arten lokaler Körperschaften per Gesetz zu schaffen.
- § 133: Lokale Behörden werden von gewählten Räten geleitet. Gemeinde- und Regionalräte werden öffentlich, frei, direkt, geheim, fair und transparent gewählt. Bezirksräte werden von Mitgliedern der Gemeinde- und Regionalräten gewählt. Das Wahlgesetz garantiert die Vertretung der Jugend in den Räten lokaler Körperschaften.
- § 135: Lokale Behörden verfügen über eigene Mittel und über Ressourcen, die von der zentralen Regierung an sie übertragen werden. Diese Ressourcen sind angemessen für die ihnen rechtlich zugewiesenen Zuständigkeiten. Jede Schaffung von Befugnissen oder ihre Übertragung von der zentralen Regierung auf die lokalen Behörden ist mit den entsprechenden Ressourcen verbunden. Das Finanzsystem lokaler Behörden ist dem Gesetz nach festgelegt.
- § 139: Lokale Behörden beruhen auf Mechanismen der partizipativen Demokratie und Grundsätzen der offenen Regierungsführung, um die breitere Mitwirkung der Bürger und der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung von flächendeckenden

74 Vgl. Claes und Probst 2014, S. 1–2.

75 Eaton et al. 2011, S. 9 (Hervorhebung im Original).

76 Hartmann und Crawford 2008, S. 14.

77 Vgl. Tarchouna 2019, S. 3.

Entwicklungs- und Anpassungsprogrammen und deren Umsetzung in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu gewährleisten.⁷⁸

Die praktische Umsetzung dieser in der Verfassung verankerten Prinzipien soll mithilfe des Code des Collectivités Locales (CCL) von 2018 vollzogen werden. Inhaltlich erkennt dieses Gesetz die lokalen Behörden als wichtige Akteure in diesem Prozess an und dient als rechtlicher Rahmen für die Durchführung der Dezentralisierungsmaßnahmen. Außerdem definiert der CCL die administrative und finanzielle Autonomie der Gemeinden, das Prinzip der partizipativen Demokratie und offenen Regierungsführung sowie das Solidaritätsprinzip.⁷⁹ Auf dieser Grundlage folgten 2018 die ersten unabhängigen Kommunalwahlen. Die kurzfristige Veröffentlichung des CCL zehn Tage vor den Wahlen stellte jedoch eine logistische Herausforderung für die Verwaltung und für Personen, die für die Durchführung der Wahlen verantwortlich waren, dar. Zivilgesellschaftliche Aktivist*innen bemängelten zudem, dass in der kurzen Zeitspanne die Wähler*innen kaum in Gänze verstehen konnten, wofür sie ihre Stimme abgaben.⁸⁰ Als weitere Probleme, die sich durch den CCL ergaben, wurden die mangelnde Klarheit über die Zuständigkeitsbereiche und die allgemeine Unsicherheit bei der Umsetzung der Grundsätze des Codes und der Verfassung benannt.⁸¹ Das tunesische Innenministerium kündigte an, dass sich die sukzessive Umsetzung des CCL und die Übertragung der Verantwortlichkeiten auf die lokalen Behörden über die nächsten 30 Jahre erstrecken werden. Allerdings könnten damit die Entscheidung und die Verantwortung für den Prozess weiterhin in den Händen der Ministerien bleiben, anstatt dass von Anfang an Prinzipien wie Partizipation und Teilhabe umgesetzt werden.⁸²

Die Demokratisierung wird als Transitionsprozess bezeichnet – als ein Übergang von einem autoritär geführten Staat hin zu einer funktionalen Demokratie. Eine weitere Ebene dieses Transitionsprozess stellen aber auch die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürger*innen dar, weswegen dieser neu geschaffene Rahmen nicht nur versucht, „to transform the state’s relationship internally between its own institutions, but also its external relationship with its citizens, based on two key values – autonomy and participation.“⁸³ Um dies zu erreichen, stellt der CCL trotz berechtigter Kritik einige Instrumente bereit, die die Ansätze der Autonomie und der Partizipation verkörpern. Darunter fallen Transparenz und Zugang zu Informationen, wie

78 Al Bawsala 2014 (Eigene Übersetzung).

79 Vgl. Ministère des Affaires locales 2018.

80 Vgl. Yerkes und Muasher 2018, S. 11.

81 Vgl. Tarchouna 2019, S. 13.

82 Vgl. Kherigi 2017, S. 21.

83 Ebd., S. 21.

Finanzplänen und Protokollen. Zudem soll partizipative Demokratie durch die Beteiligung der Bevölkerung in den Gemeinderäten gefördert werden, beispielsweise bei der Mitbestimmung über die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Mehr noch soll die Möglichkeit zur Meinungsäußerung und Diskussion in Treffen, die den Bürger*innen offenstehen, und durch Beschwerdemechanismen garantiert werden ebenso wie durch die Abhaltung von Referenden zu bestimmten Themen. Eine lokal agierende Kommission soll eingerichtet werden, um die Qualität der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu kontrollieren. Nicht zuletzt soll eine unabhängige durchgeführte Evaluierung Aufschluss über die Arbeit der Gemeinderäte am Ende ihrer Amtszeit geben.⁸⁴ Um die fiskalische Dezentralisierung zu bewerkstelligen, hat jede Gemeinde einen lokalen Entwicklungsplan (Plan d'Investissement Communal, kurz PIC) aufzustellen, welcher Investitionsprogramme und Budgets (u.a. für Infrastruktur, Stadtplanung, lokale Wirtschaftsprоекте und kulturelle Aktivitäten) jeweils für das kommende Jahr festschreibt.⁸⁵

Tatsächlich birgt das politische System Tunesiens jedoch Unwägbarkeiten bei der Umsetzung dezentralisierender Maßnahmen. Das neue Wahlsystem riskiert bei den Parlamentswahlen die Zersplitterung des politischen Felds, weshalb manche Beobachter einen politischen Stillstand befürchteten.⁸⁶ Dies wurde besonders nach den Parlamentswahlen im Oktober 2019 deutlich, als es dem Ministerpräsidenten erst fünf Monate nach den Wahlen gelang, eine Regierung zu bilden.⁸⁷ Dies kann ebenso wie die fehlende Umsetzung der Maßnahmen politisches Desinteresse insbesondere bei jungen Bürger*innen hervorrufen. Ein kritischer Punkt der Umsetzung stellt die Bereitstellung von Ressourcen wie Finanzmitteln und ausgebildeten Verwaltungsangestellten vonseiten der Regierung für lokale Einrichtungen dar,⁸⁸ wodurch weiterhin viele Entscheidungen im politischen Zentrum des Landes getroffen werden müssen. Dies wiederum kann den gesamten Prozess der Dezentralisierung weiter verlangsamen und hemmen.⁸⁹

Neben der tunesischen Regierung, die als Akteur im Prozess der Demokratisierung auftritt, beteiligen sich daran auch internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Beispielsweise führte die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) Workshops und Trainings für tunesische Verwaltungs-

⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 22–23.

⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 8.

⁸⁶ Vgl. Ebd., S. 23.

⁸⁷ Vgl. Deutsche Welle 2020.

⁸⁸ Die Aus- und Weiterbildung der tunesischen Verwaltung obliegt der staatlichen École Nationale d'Administration (vgl. Premier Ministère 1964), die wiederum in das Ministerium für öffentliche Verwaltung (Ministère de la Fonction Publique) eingegliedert ist.

⁸⁹ Vgl. Kherigi 2017, S. 23–24.

angestellte durch, um die Umsetzung dezentralisierender Reformen zu unterstützen.⁹⁰ In einem von der US-amerikanischen Botschaft geförderten Projekt namens TADAEEM (Tunisia Accountability, Decentralization, and Effective Municipalities) kooperieren Botschaftsmitarbeiter*innen mit den tunesischen Behörden, um funktionierende Infrastruktur und Dienstleistungen als Voraussetzung für die Implementierung dezentralisierender Maßnahmen zu gewährleisten.⁹¹ Des Weiteren gibt es viele kleinere Akteur*innen, wie das AID, die sich diesem politischen Feld widmen und ihren Beitrag leisten.

90 Vgl. Steinich et al. 2017.

91 Vgl. U.S. Embassy in Tunisia 2020.

4 Das Arab Institute for Democracy

Das Arab Institute for Democracy (AID) ist eine tunesische NGO, die 2012 gegründet wurde. Gründer und geschäftsführender Präsident der Organisation ist der Journalist und Politiker Khaled Chouket. Bis Januar 2011 lebte er nach eigenen Angaben in den Niederlanden im Exil und kehrte kurz nach Ben Alis Sturz nach Tunis zurück. Das Institut, das er zusammen mit tunesischen und arabischen Kolleg*innen gründete,⁹² besteht aus drei Organen, die Chouket als „executive board“, „administrative board“ und „consultative board“⁹³ klassifiziert. Das Executive Board ist für den täglichen Ablauf verantwortlich, was administrative, organisatorische und finanzbasierte Aufgaben umfasst. Das Consultative Board, das einmal pro Jahr zusammenkommt, steht dem AID beratend zur Seite und erteilt Empfehlungen, auf deren Grundlage das Administrative Board über die grundsätzliche Ausrichtung des Instituts entscheidet und Prioritäten bei deren Umsetzung festlegt.⁹⁴ Chouket beschreibt seine eigene Position im AID als „executive president.“⁹⁵ Zwei weitere Interviewpartner*innen meiner Forschung sind Mitglieder des Executive Board. Der Mitarbeiter M. ist seit 2015 beim AID und arbeitet neben administrativen Aufgaben zur Weiterbildung der tunesischen Verwaltung. Seine Kollegin S. arbeitet seit 2014 beim AID. Ihre Verantwortlichkeiten liegen in den Bereichen der administrativen sowie logistischen Organisation und der Betreuung der Workshops und Konferenzen. Außerdem baute sie zur Zeit meines Aufenthalts einen regionalen Ableger des AID in Sfax, der zweitgrößten Stadt des Landes, auf.

Die NGO setzt sich, wie auf ihrer Facebook-Seite nachzulesen ist, folgende Ziele: „rebuild the Arab regimes on the basis of pluralism, integrity, transparency and commitment to the values of the rule of law and the peaceful transfer of power and the human rights.“⁹⁶ In Interviews erläuterte Chouket die vier Bereiche, auf die sich die Aktivitäten des AID konzentrieren, um die übergeordneten Ziele der demokratischen Transition umzusetzen:

- Dezentralisierung: Förderung dezentralisierender Maßnahmen als eine weitere Ebene des Demokratisierungsprozesses in Tunesien;
- Bildung der Zivilgesellschaft: Aufklärung der Zivilgesellschaft über ihre Rechte im demokratischen System und ihre Möglichkeiten der Partizipation;
- Konsensorientierte Demokratie: Mechanismen für kompromissorientierte Lösungen;

92 Vgl. Interview 2.

93 Interview 1.

94 Vgl. Ebd.

95 Ebd.

96 Arab Institute for Democracy 2021.

- Stärkung der politischen Parteienlandschaft: Unterstützung bei der Entwicklung von Parteiprogrammen mit konkreten politischen Inhalten und Zielen anstatt allgemeiner religiös-ideologisch motivierter Programmatik.⁹⁷

Diese Schwerpunkte finden sich auch im Jahresbericht des AID von 2019 wieder, wobei dieser zusätzlich zu den vier genannten Punkten explizit die Bedeutung der Jugend als Teil der demokratischen Transition benennt und die Auseinandersetzung mit dem Erbe der nationalen Reformbewegung als weitere Aufgabe aufführt.⁹⁸

Um diese Ziele zu erreichen, führt das AID verschiedene Aktivitäten durch. 2019 organisierte es 15 Workshops in ganz Tunesien, die rund 450 Teilnehmende erreichten.⁹⁹ Diese Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, die einen Tag oder zwei Tage dauerten, fanden zumeist in Kooperation mit lokalen Organisationen oder Initiativen statt, da diese den jeweiligen Kontext und die Teilnehmenden besser kennen.¹⁰⁰ Als weitere Bildungsmöglichkeit bietet das AID national und international ausgerichtete Konferenzen an, die sich im Gegensatz zu den lokal ausgerichteten Workshops grundsätzlicheren Themen widmen, beispielsweise im Januar 2020 dem tunesischen Bildungssektor.¹⁰¹ Ihre Besonderheit liegt in der Möglichkeit des Austauschs, wobei für Chouket das Zusammenkommen von jungen und älteren Menschen einen wesentlichen Aspekt darstellt.¹⁰² Letzteres entspricht auch dem Grundsatz der stärkeren Einbindung der Jugend in die Politik, wie er sich in Paragraph 133 der neuen tunesischen Verfassung von 2014 wiederfindet. Das Ziel der Konferenzen und Workshops ist, ein neues Politikverständnis zu vermitteln¹⁰³ und langfristig eine neue Generation einer politischen Elite aus verschiedenen Regionen des Landes und ideologischen sowie sozialen Hintergründen hervorzubringen, um die Diversität der tunesischen Demokratie zu sichern.¹⁰⁴

Die Veröffentlichung von Schriften zählt ebenfalls zu den Aktivitäten des AID. Chouket publizierte in den letzten 25 Jahren mehr als zwölf Bücher, wovon das neueste, *al-Muqadamat ad-dimuqrāṭiyya* („Die demokratische Einführung“), im Jahr 2019 erschien. Er ist zudem Gründer und Chefredakteur des regelmäßig erscheinenden Magazins *al-Maṣīr* („Das Schicksal“). Zu jeder Ausgabe tragen ihm zufolge 30 bis 35

⁹⁷ Vgl. Interview 1.

⁹⁸ Vgl. Arab Institute for Democracy 2019a.

⁹⁹ Vgl. Ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Interview 1.

¹⁰¹ Vgl. Gedächtnisprotokoll Konferenz.

¹⁰² Vgl. Interview 2.

¹⁰³ Chouket sprach in den Interviews zwar ausführlich über sein Verständnis von Demokratie und Dezentralisierung, nicht jedoch über seine Definition von Politik.

¹⁰⁴ Vgl. Interview 2.

Autor*innen bei.¹⁰⁵ Die Themen lassen sich im Bereich „national thought, culture, and literature“¹⁰⁶ verorten.

Ein Projekt, das hauptsächlich in der Hand des Mitarbeiters M. liegt, ist die Weiterbildung der tunesischen Verwaltung in Kooperation mit dem Ministerium für öffentliche Verwaltung (Ministère de la Fonction Publique).¹⁰⁷ Das Ziel der Weiterbildung ist, die administrativen Abläufe an die Vorgaben der neuen Verfassung anzupassen und sie effektiver zu machen. Der Mitarbeiter M. beschreibt die tunesische Verwaltung und ihr Funktionieren als einen essenziellen Faktor für das Gelingen der Dezentralisierung:

Notre activité consiste précisément à former les gens dans le domaine de l'administration et surtout – je vous le dis – l'organisation administrative qui est un facteur essentiel pour faire de l'autre administration une administration moderne, parce que l'administration tunisienne actuellement ... ne le fonctionne pas convenablement [...] il y a beaucoup des défauts à remédier pour que l'administration devienne un facteur qui participe au bon fonctionnement dans tous les secteurs.¹⁰⁸

Wiederholt spricht mein Interviewpartner von einem Mangel an Organisation im tunesischen Staatsapparat. Es seien ausreichend Ressourcen vorhanden, es fehle aber an organisatorischen Maßnahmen, um die Verwaltung und ihre Mitarbeiter*innen auf sämtlichen Ebenen umzuschulen, sodass weitere Schritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Umsetzung der Dezentralisierung unternommen werden können.¹⁰⁹ Aus dem internen AID-Dokument zur Modernisierung der tunesischen Verwaltung geht hervor, dass das langfristige Ergebnis die „tangible administrative transformation“ sein soll, „aimed at improving the quality of public services.“¹¹⁰

Bis jetzt sieht das Programm des AID vor, bis zu dreitägige Workshops für die lokale Verwaltung abzuhalten, um danach die regionale und zuletzt die national agierende Verwaltung umzuschulen. Den Workshops folgt eine fortlaufende Nachbereitung, um das Wissen zu festigen. Mein Interviewpartner fügte hinzu, dass das Projekt, das momentan auf zehn Jahre angelegt ist, sich noch in der Anfangsphase befinde, weswegen das Vorgehen explorativ sei.¹¹¹ Als ein erstes Ergebnis lasse sich jedoch

105 Vgl. Interview 4.

106 Ebd.

107 Dieses Projekt ähnelt der Mission des staatlichen Centre de formation et d'appui à la décentralisation (vgl. Ministère des Affaires locales 1994) und ist ein weiteres Beispiel für die Vielfalt der Akteure im Prozess der Dezentralisierung in Tunesien.

108 Interview 3. Die jeweilige Transkription der Interviews basiert auf dem gesprochenen Wort, weswegen eventuelle Fehler im Französischen und Englischen beibehalten wurden.

109 Vgl. Ebd.

110 Arab Institute for Democracy 2019c.

111 Vgl. Interview 5.

bereits eine gewisse „prise de conscience“¹¹² feststellen, also eine Bewusstwerdung über den Dezentralisierungsprozess innerhalb der tunesischen Verwaltung und der Bevölkerung.

112 Interview 3.

5 Das AID im gesellschaftspolitischen Kontext Tunesiens

Nach der Vorstellung des AID liegt in diesem Kapitel der Fokus auf den verschiedenen Tätigkeiten meiner Interviewpartner*innen und ihren Verbindungen zur tunesischen Elite, die damit einhergehen. Darauf aufbauend wird argumentiert, dass das AID bereits bei der Gründung über soziales Kapital verfügte und es seitdem vermehren konnte. Dies trug und trägt weiterhin zum Aufbau seiner Kapazität bei, die eine Grundvoraussetzung für die Herstellung synergetischer Beziehungen ist.

5.1 Doppelfunktionen der AID-Mitglieder

Das AID als NGO führt viele Aktivitäten in und mit der Zivilgesellschaft durch, pflegt aber auch Verbindungen in andere gesellschaftliche und politische Bereiche. Dies entspricht Berghs Feststellung, dass „actors in civil and political society have multiple identities and loyalties, and may be linked by various cross-cutting networks.“¹¹³ Der Gründer des AID ist dafür ein gutes Beispiel. Chouket scheint sich bewusst entschieden zu haben, im Rahmen des politischen Transitionsprozesses gleichzeitig auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen aktiv zu werden:

The first level is to establish, to participate in the civil society, the new civil society, to establish an organisation which could participate in this way, to develop the Tunisian civil society because this democratic process, transition is based on three bases: the political parties, the civil society, and the media. I participate in the media as a journalist because I'm a journalist. I have established the AID to participate in this workshop of civil society. And the third one, I have participated in the establishment of a political party, big political party, in 2012, Nidaa Tounes.¹¹⁴

Dies macht verständlich, warum er das AID im Jahre 2012 gründete. Die Workshops und Konferenzen dienen dabei als Instrument, um sich mit der Zivilgesellschaft vor Ort auszutauschen. Politisch aktiv ist Chouket als Mitglied der Geschäftsführung der säkularen Partei Nidaa Tounes,¹¹⁵ die 2012 gegründet wurde und seitdem ein politisches Gegengewicht zu islamistischen Parteien in der tunesischen Parteienlandschaft darstellt. Hierbei muss erwähnt werden, dass ehemalige Mitglieder der Partei des Autokraten Ben Ali, des Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD), der neu gegründeten Nidaa Tounes beitraten.¹¹⁶ Darüber hinaus war Chouket in den ver-

113 Bergh 2017, S. 37.

114 Interview 2.

115 Vgl. Babnet 2016.

116 Vgl. Preysing 2016, zitiert nach Loschi 2018, S. 5.

gangenen Jahren in verschiedenen Positionen in der Regierung tätig, beispielsweise wurde er 2016 zum Minister für die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament sowie zum Regierungssprecher bestellt.¹¹⁷ Ferner publiziert er als Journalist regelmäßig Artikel in nationalen sowie internationalen Medien,¹¹⁸ in denen er sich beispielsweise zu den Wahlen im Herbst 2019 und anderen politischen Vorgängen im Land äußert.¹¹⁹ Neben seinen journalistischen sowie zivilgesellschaftlichen Aktivitäten macht diese aktive Beteiligung als Politiker im Übergangsprozess Chouket zur Person mit den vielfältigsten Tätigkeiten unter den Mitgliedern des AID.

Auch die Mitarbeiterin S. ist nach eigenen Angaben neben der Arbeit beim AID in weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen engagiert und in deren Netzwerke eingebunden. Dazu zählt die Green University in Tunis, die sich für universitäre Bildung einsetzt und Unternehmertum neu im Sinne ökologisch orientierter Handlungsweisen denken möchte.¹²⁰ Sie ist zudem Mitglied im Netzwerk Raj Tunisie, das die Vernetzung junger politischer Menschen in Tunesien zum Ziel hat.¹²¹ Außerdem kandidierte sie bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 2019 für die Grüne Partei Tunesien auf der Liste für Sfax.¹²² Auch sie ist somit auf mehrfache Art und Weise in der tunesischen Gesellschaft aktiv und vereint in sich die Rolle einer zivilgesellschaftlichen Vertreterin, die sich in die Politik einbringt.

Der Mitarbeiter M. ist der einzige meiner Interviewpartner*innen, der in keine parteipolitischen Tätigkeiten involviert ist und sich sogar explizit davon distanziert. Vor seiner Aktivität beim AID habe er in der Arabischen Liga (1979–1991) und in der NGO Institut Arabe des Droits de l'Homme (Anfang der 1990er Jahre–2000) in Tunis gearbeitet.¹²³

Von den drei Mitgliedern des AID, die in meiner vorliegenden Studie im Vordergrund stehen, sind es vor allem die parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des Chefs des AID, die besonders aussagekräftig und einfach nachzuverfolgen sind. Die teilnehmende Beobachtung bei Konferenzen und im Büroalltag zeigen, dass Chouket sehr präsent ist und seine Persönlichkeit die Arbeit der NGO bestimmt. Hauptsächlich ist er derjenige, der Gäste und Besucher*innen empfängt und Konferenzen eröffnet, bei denen er das Wort führt. Zuletzt zieht Chouket selbst kaum eine scharfe Trennlinie zwischen seinen parteipolitischen Aktivitäten und seinem zivilgesellschaftlichen Engagement, wie in einem der Interviews deutlich wird. Vielmehr

117 Vgl. Gobe 2017, Absatz 11.

118 Vgl. Interview 4.

119 Vgl. Šawkāt 2019.

120 Vgl. ENI CBC MED 2020.

121 Vgl. Réseau Alternatif des Jeunes–Tunisie 2020.

122 Vgl. Interview 6; Arab Institute for Democracy 2019b.

123 Vgl. Interview 3.

kombiniere er beides in seiner Person, und er findet, dass ein*e gute*r Bürger*in auf beiden Seiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen solle.¹²⁴

5.2 Das AID und die tunesische Elite

Die vielfältigen Verflechtungen des AID sowohl mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als auch in die tunesische Regierungs- und Parteienlandschaft hinein lassen auf enge Verbindungen zur politischen Elite schließen. Um diese Verflechtungen besser zu verstehen, wird im Folgenden ein von Volker Perthes entworfenes Kreismodell angewendet, das die Rolle der politisch relevanten Elite (PRE) beschreibt.¹²⁵ Perthes definiert die Elite als diejenigen Bürger*innen, die in einem Land Macht und Einfluss ausüben, indem sie strategische Entscheidungen auf nationaler Ebene treffen oder zumindest an der Entscheidungsfindung über nationale Strategien teilhaben. Außerdem definiert die Elite politische Normen und Werte, aber auch, was als nationales Interesse gilt. Zudem beeinflusst diese Gruppe maßgeblich die öffentliche Debatte über strategische Themen.¹²⁶ Der aktuelle Prozess der Dezentralisierung ist insofern für die tunesische Elite relevant, da das politische System umstrukturiert werden soll, dem sie selbst verhaftet ist.

Perthes' Modell strukturiert die politische Elite eines Landes in drei Kreisen um das politische Machtzentrum, deren Nähe zum Zentrum „jeweils ein unterschiedliches Maß an politischem Einfluß ausdrück[t].“¹²⁷ Der innerste Kreis stellt die Kernelite dar, der zweite Kreis umfasst

Gruppen und Individuen [...], die erheblichen Einfluß auf strategische Entscheidungen haben oder politische Entscheidungen minderer Bedeutung selbst treffen können. Im dritten Kreis verorten wir diejenigen, die direkt oder indirekt auf Entscheidungsprozesse Einfluß nehmen, indem sie politische Diskurse mitbestimmen.¹²⁸

124 Vgl. Interview 4.

125 Vgl. Perthes 2002. Vorab sollte erwähnt werden, dass das Kreismodell für seine statische Darstellung kritisiert werden kann. Die von Perthes definierten Kreiskategorien lassen nur grobe analytische Kategorisierungen zu, deren Abgrenzungen nicht deutlich werden. Auch kann der Eindruck entstehen, es gebe eine homogen elitäre Gruppe, deren Ansichten und Ziele übereinstimmen. Des Weiteren kann die Abgrenzung der Elite zum nicht-elitären Teil der Gesellschaft nicht scharf nachvollzogen werden. Trotz dieser Schwächen ist das Modell ein brauchbares Instrument für die Einordnung des AID als Akteur, das relevante Ergebnisse produziert.

126 Vgl. Perthes 2002, S. 8.

127 Ebd., S. 8.

128 Ebd., S. 9.

Im von Perthes herausgegebenen Sammelband untersucht Steffen Erdle die politisch relevante Elite in Tunesien Anfang der 2000er Jahre. Demnach setzte sich die herrschende Elite aus Mitgliedern mit politischer oder institutioneller Zugehörigkeit zum Regime zusammen, zeichnete sich aber auch durch persönliche und familiäre Beziehungen untereinander aus.¹²⁹ Nun war die Opposition zehn Jahre vor der Jasmin-Revolution unter Ben Ali zwar unterdrückt bzw. – wie Erdle es ausdrückt – „neutralisiert“,¹³⁰ aber immerhin existent. Dass die Opposition dennoch ein Regime stützen kann, argumentiert Holger Albrecht. In seiner Abhandlung über Ägypten kommt er zu dem Schluss, dass die dortige Opposition Anfang der 1990er Jahre das autoritäre System stabilisierte.¹³¹ Einerseits legitimiert sich eine Opposition durch die Existenz eines Regimes.¹³² Wenn ein Regime andererseits eine Opposition erst einmal offiziell anerkannt hat, ermöglicht ihm dies, größere Kontrolle über oppositionelle Teile der Gesellschaft zu erlangen. Daraus lässt sich schließen, dass in diesem einigermaßen austarierten Kräfteverhältnis zwischen Regime und Opposition letztere politisch relevant ist, da sie das bestehende Herrschaftsverhältnis in gewissem Grad stützt. Perthes sieht aus ähnlichen Gründen oppositionelle Kräfte als politisch relevant an, „auch wenn das System sie durch unterdrückende Maßnahmen oder Wahlmanipulation von einer Teilhabe an der institutionellen Macht ausschließt.“¹³³ Entsprechend Perthes' Kreismodell verortet Erdle die vorrevolutionäre Opposition und politische Aussteiger*innen in Tunesien, die sich in Nichtregierungsorganisationen versammelten, im dritten Kreis:

Obwohl sie die Politik weder direkt bestimmten noch das Regime gefährdeten, übten sie dennoch indirekt Einfluss auf die Entscheidungen des Regimes aus und spiegeln zudem Widersprüche innerhalb der Gesellschaft auf.¹³⁴

Mit Blick auf die Mitglieder des AID ist es schwierig, etwas zu ihrer möglicherweise oppositionellen Rolle unter Ben Ali zu sagen. Chouket verbrachte die Zeit vor 2011 im Exil und kehrte am 22. Januar 2011 nach Tunesien zurück.¹³⁵ Er war in den Interviews bereit, sehr ausführlich über die Zeit nach der Jasmin-Revolution und seiner Rückkehr zu berichten, jedoch wenig über die Gründe des Exils und die Tätigkeiten davor. Es ist anzunehmen, dass er aus politischen Gründen im Ausland gewesen war

129 Vgl. Erdle 2002, S. 55.

130 Ebd., S. 52.

131 Vgl. Albrecht 2005, S. 391.

132 Vgl. Ebd., S. 379.

133 Perthes 2002, S. 8.

134 Erdle 2002, S. 53.

135 Vgl. Interview 2.

und währenddessen Verbindungen zur tunesischen Opposition pflegte. Dies spricht für Choukets damalige Zuordnung zum dritten Kreis des Modells.

In der Zeit nach der Revolution jedoch kann Chouket als Politiker und Chef des AID auf den zweiten Kreis eingeordnet werden, da er Einfluss auf strategische Entscheidungen nehmen und „politische Entscheidungen minderer Bedeutung“¹³⁶ selbst treffen kann. Dies ist ihm beispielsweise durch seine führende Position in der Partei Nidaa Tounes möglich oder war es in der Vergangenheit in seiner Rolle als Regierungssprecher. Deutlich wird der strategische Einfluss in einem Interview, in dem er die Situation seiner Partei nach den Parlamentswahlen 2019 schildert. Er geht dabei auf den verstorbenen Politiker Beji Caid Essebsi ein, der Nidaa Tounes gründete und bis Juli 2019 Präsident Tunesiens war. Durch Choukets Position in der Partei und damit seine Nähe zum ehemaligen Präsidenten wird die Verbindung zur politisch relevanten Elite in Tunesien deutlich. Die Herausforderungen, denen sich seine Partei seit Essebsis Tod und nach den Parlamentswahlen stellen muss, schildert er folgendermaßen: „now we try to rebuild the party step by step“ und „we try to do our best to give this political party a new birth.“¹³⁷ Indem er in der Wir-Form von seinen Parteikolleg*innen spricht, zählt er sich zur Gruppe der Personen, die strategische Entscheidungen für eine der bekanntesten und wichtigsten Parteien in Tunesien und deren Ausrichtung treffen – dies spricht deutlich für seine eigene Zugehörigkeit zu einer politisch relevanten Elite.

Ein weiteres Beispiel stellt der Einfluss des AID auf die neue Verfassung von 2014 dar. Im Interview mit Chouket wird deutlich, dass sich die Organisation zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen dafür einsetzte, Dezentralisierung als ein zentrales Element in die Verfassung aufzunehmen. Das Mitgestalten der „institutional arrangements, such as new constitutions“¹³⁸ kann als Ausdruck von Macht gesehen werden, die das AID in dem Moment einsetzte, als es um den zukünftigen politischen Kurs Tunesiens ging.

Zudem stellt die Förderung durch die Hanns-Seidel-Stiftung einen Zusammenhang zwischen dem AID und der elitär fokussierten politischen Stiftung her. Die HSS wendet sich auf ihrer Website explizit an eine politische Elite wie „Akademiker und wissenschaftliche Forschungseinheiten, Volksvertreter*innen auf nationaler und lokaler Ebene, Beamte und leitende Angestellte der öffentlichen Verwaltung, Richter sowie Justizangehörige, Organisationen der Zivilgesellschaft“¹³⁹ und andere. Diesen Fokus bestätigte zudem meine Gesprächspartnerin in der HSS während eines Inter-

136 Perthes 2002, S. 9.

137 Interview 4.

138 Asseburg und Wimmen 2016, S. 5.

139 Hanns-Seidel-Stiftung 2020.

views.¹⁴⁰ Das AID wird als Geldempfängerin zu einem Teil des Stiftungsnetzwerks und profitiert dadurch von den Verbindungen der HSS zur politisch relevanten Elite.

Das Magazin al-Mašīr ist laut Chouket ebenfalls „oriented to the elite, not for the normal audience, the huge audience.“¹⁴¹ Es sei intellektueller als andere Zeitschriften, selektiv in der Leserschaft und richte sich vor allem an die Entscheidungsträger*innen des Landes. Auch die Autor*innen von al-Mašīr spiegeln diese Orientierung wider: „The majority of them are academic people, teachers in the universities, famous historical writers, poets.“¹⁴² Das Magazin, das Choukets Anspruch eines elitär-intellektuellen Mediums verkörpert, unterstützt seine Ambitionen, zur Bildung einer tunesischen Elite beizutragen. Die Ziele formuliert Chouket folgendermaßen: „to create a new political elite to help to have new political leaders, new civil leaders“¹⁴³ oder auch „to create a new generation of leaders for Tunisia on the local level from different political parties.“¹⁴⁴ Die Annahme meines Interviewpartners, eine Elite ausbilden zu können, beruht auf einem elitären Selbstverständnis und verdeutlicht die eigene Wahrnehmung, der tunesischen PRE anzugehören, deren Werte er an die neue Generation tunesischer Führungspersonlichkeiten weitergeben möchte. Dies unterstreicht neben den persönlichen und institutionellen Verbindungen zur PRE den elitären Anspruch des AID an die eigene Arbeit und an seinen Einfluss in der tunesischen Gesellschaft. Somit ist die NGO ein gut geeignetes Beispiel, um die Elitenbildung im neuen tunesischen Staat zu betrachten.

5.3 Das soziale Kapital des AID

Evans unterstreicht in seiner Untersuchung, dass Netzwerke des zivilen Engagements eine essenzielle Form des sozialen Kapitals sind; sie verkörpern den Erfolg vergangener Kollaborationen, sind ein Zeichen für Vertrauen der Beteiligten und können somit als Vorlage für zukünftige Zusammenarbeit dienen.¹⁴⁵ Putnam fasst den Vorteil dieser Kooperationen wie folgt zusammen: „networks of civic engagement that cut across social cleavages nourish wider cooperation. This is another reason why networks of civic engagement are such an important part of a community’s stock of social capital.“¹⁴⁶ Die von Putnam angesprochene Kluft wird durch die bis dato herrschenden regionalen Unterschiede zwischen den sozialen Realitäten der Hauptstadt und denen

140 Vgl. Gedächtnisprotokoll Interview HSS.

141 Interview 4.

142 Ebd.

143 Interview 1.

144 Interview 2.

145 Vgl. Putnam et al. 1994, S. 173–174.

146 Ebd., S. 175.

der abgelegeneren Teile Tunesiens deutlich. Das AID ist Teil eines größeren Netzwerks innerhalb Tunesiens, das es sich durch die regionalen Workshops, aber auch die Ausrichtung der Konferenzen aufbaute und weiterhin aufbaut. Diese Vernetzung zwischen dem in der Hauptstadt angesiedeltem AID und dezentral gelegenen Regionen erzeugt soziales Kapital, das allen Beteiligten zugutekommt. Es kann dazu beitragen, die regionalen Unterschiede zu überbrücken und die Kluft zu schließen.

Die Gründung des AID zusammen mit arabischen Kolleg*innen¹⁴⁷ zeugt zudem von einem Netzwerk, das über die tunesischen Grenzen hinausgeht. Auch auf der Konferenz, an der ich 2020 teilnahm, repräsentierten neun verschiedene Flaggen auf den Tischen des Podiums die unterschiedlichen Nationalitäten der Redner*innen.¹⁴⁸ Solche Konferenzen stellen eine weitere Plattform für die „wider cooperation“ des zivilen Engagements dar.

Im vorangegangenen Teilkapitel hatte ich die Nähe des AID und seiner Mitglieder zur politisch relevanten Elite dargelegt. Wenn man soziales Kapital in Beziehung zur PRE setzt, so nehme ich an, dass mit größerer Nähe zum inneren Kreis des Kreismodells das soziale Kapital steigt: „As with conventional capital, those who have social capital tend to accumulate more.“¹⁴⁹ Es zeigt sich nun, dass das AID als Teil des Netzwerks der tunesischen PRE ebenfalls zunehmend soziales Kapital akkumuliert. Mit steigendem Einfluss und wachsendem sozialen Kapital einzelner Mitglieder, das aus ihren Verbindungen in die Zivilgesellschaft entsteht, nimmt auch das soziale Kapital der Organisation, der sie angehören, zu. Die mittlerweile dreijährige Kooperation des AID mit der HSS ist dafür ein Beispiel, da in diesem Prozess das Vertrauen der HSS in das AID bestätigt und die Unterstützung mehrfach verlängert wurde. Es impliziert aber auch, dass sich die Kapazität der NGO durch das gestiegene soziale Kapital vergrößert hat, was ich im Folgenden näher beleuchten werde.

5.4 Kapazitätenaufbau des AID

Um den Kapazitätenaufbau einer Organisation zu verstehen, muss laut Bergh die Motivation beachtet werden, die der Gründung vorausging.¹⁵⁰ Häufig liegt die Initiative bei einer Person, die meistens der*die jetzige Präsident*in der Organisation ist; außerdem spielen persönliche und politische Motivationen eine Rolle.¹⁵¹ Dies trifft auch auf das AID zu, bei dessen Anfängen Chouket die treibende Kraft war und bis heute ist.

147 Vgl. Arab Institute for Democracy 2021.

148 Vgl. Gedächtnisprotokoll Konferenz.

149 Putnam et al. 1994, S. 169.

150 Vgl. Bergh 2017, S. 37.

151 Vgl. Ebd., S. 170.

Er verfolgte das Ziel, in der tunesischen Zivilgesellschaft aktiv zu werden und seinen Teil zum Demokratisierungsprozess beizutragen.¹⁵²

Dennoch setzt der Aufbau einer Organisation bereits ein Mindestmaß an Kapazität voraus,¹⁵³ wovon ich einen Teil als vorhandenes soziales Kapital ansehe. Das soziale Kapital liegt nach Evans in den „concrete ties across the state-society boundary to pre-existing kin and friendship ties“,¹⁵⁴ die Chouket bereits innegehabt haben musste und die es ihm ermöglichten, im postrevolutionären Tunesien eine solche Organisation zusammen mit anderen tunesischen und arabischen Kolleg*innen zu errichten.¹⁵⁵ Daraus schließe ich, dass akkumuliertes soziales Kapital vergangener Kollaborationen für eine weitere Zusammenarbeit zwischen Chouket und seinen Mitstreiter*innen sprach. Er konnte sein soziales Kapital in Vertrauen umwandeln, das ihm Kooperationspartner*innen entgegenbrachten, indem sie ihn bei seinem Vorhaben unterstützten.¹⁵⁶ Daraus erwächst ein nicht zu vernachlässigender Teil seiner Kapazität. Als Kernfigur der Organisation stellte er seine eigene Kapazität für den Aufbau des AID zur Verfügung, wodurch ein direkter Zusammenhang zwischen seiner Kapazität und derjenigen des AID besteht.

Neben dem sozialen Kapital braucht es außerdem ein Minimum weiterer Kapazitäten beispielsweise in Form personeller oder finanzieller Ressourcen, auf die sich die NGO währenddessen stützen kann. In einem Interview geht Chouket indirekt darauf ein:

I should find the support, the financial and moral support to find also a group of people who can understand the mission of the institute and to execute, develop and execute the projects which could planned. And to make the institute also known inside the civil society.¹⁵⁷

Bergh nimmt in ihrer Forschung zu Marokko wahr, dass nur bereits aktive Organisationen von Projektfinanzierungen profitieren können: „associations that lack capacity to start with are (in practice) excluded from a project.“¹⁵⁸ Hinzu kommt der Umstand, dass die Beschaffung von Geldmitteln laut Bergh ein bestimmtes Niveau an Ausbildung und Training erfordert.¹⁵⁹ Dies setzt Kapazitäten in Form von Erfahrungen in der Projektarbeit und Wissen im Bereich Fundraising voraus, was demzufolge ein weiterer Aspekt der Kapazität des AID ist. Eine wichtige Unterstützung stellt dabei

152 Vgl. Interview 2.

153 Vgl. Bergh 2017, S. 185.

154 Evans 1997, S. 185.

155 Vgl. Interview 2.

156 Vgl. Putnam et al. 1994, S. 168.

157 Interview 2.

158 Bergh 2017, S. 185.

159 Vgl. Ebd., S. 202.

die Kooperation mit der HSS dar. Die Förderung und die gemeinsame Arbeit stärken das AID auf mehreren Ebenen:

The first one is the logistic and financial support. Without the intervention of HSS we can't organise these activities. The second one: the experience of HSS in this field because HSS is active in Tunisia and around the world since 30 years. They have a long experience with very interesting partners from the public sector and civil societies.¹⁶⁰

Aus diesem Interviewausschnitt geht hervor, dass ein großer Teil der NGO-Kapazität von der HSS abhängt, die durch die Finanzierung die verschiedenen Aktivitäten erst ermöglicht. Außerdem profitiert das AID von der langjährigen Erfahrung der Stiftung, wodurch sich das AID weitere Kapazität erschließen kann. Folgendes Zitat unterstreicht den erfolgreichen Kapazitätsaufbau der Organisation mithilfe der HSS: „The start was correct, was good. And I think *now the AID is an interesting partner for HSS in Tunisia. They find our work very serious.*“¹⁶¹ Somit konnte die Kapazitätenbildung einerseits dazu beitragen, dass das AID weiterhin als ein zuverlässiger Kooperationspartner gilt, was andererseits zukunftsweisend für weitere Kapazitätenbildung ist.

Zudem kann sich das AID gegenläufig zu manchen NGOs aus Berghs marokkanischen Fallbeispielen gut in der Öffentlichkeit präsentieren,¹⁶² was außerdem zum Aufbau seiner Kapazität beiträgt. Dies manifestiert sich beispielsweise in der Benutzung eines Logos auf Büchern und Konferenzbänden. Es fiel auf, dass der Dresscode der Mitglieder im Alltag des AID formell geprägt war. Chouket trug sehr häufig einen vollständigen Anzug und der Mitarbeiter M. ausnahmslos Hemd und Anzugshose mit Anzugsschuhen.¹⁶³

Auch die zentrale Lage des AID-Büros in direkter Nachbarschaft zu Botschaften und Banken setzt Ressourcen voraus, da die Mieten in diesen gehobenen Stadtvierteln teuer sind. Die Lage birgt zahlreiche Vorteile und die dafür vorhandene finanzielle Kapazität eröffnet wiederum den Zugang, um weitere Kapazität zu schaffen, unter anderem der Zugang an räumlich konzentriertem sozialem Kapital. Die Nähe zu anderen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen mit Sitz in Tunis, einschließlich der ausländischen politischen Stiftungen, erleichtert es dem AID, mit ihnen ein Netzwerk aufzubauen und somit soziales Kapital zu vermehren. Außerdem sind alle politischen Funktionen im Zentrum des Landes vertreten. Damit sind die meisten Ressourcen, von denen eine junge NGO wie das AID profitieren kann, noch immer vor allem im Großraum Tunis zugänglich, wie mir auch der Mitarbeiter M.

160 Interview 2.

161 Ebd. (Hervorhebungen der Autorin).

162 Vgl. Bergh 2017, S. 192.

163 Vgl. Gedächtnisprotokoll Interview 3.

bestätigte.¹⁶⁴ Zwar eröffnete das AID Anfang des Jahres 2019 außerhalb der Landesmetropole ein Regionalbüro in Sfax, was auf weitere vorhandene finanzielle und personelle Kapazität schließen lässt. Aber Sfax sei immerhin die größte Stadt im Süden, wie die Interviewpartnerin der HSS relativierte.¹⁶⁵ Wenngleich weit entfernt von der Hauptstadt, bietet die Küstenstadt ebenfalls Zugang zu vergleichsweise gut ausgebauter Infrastruktur und zu vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen sowie politischen Ressourcen, die zur NGO-Kapazität beitragen.

Weitere Strategien, die Bergh für die Schaffung von Kapazität definiert sind folgende:

popular education, assertiveness training, the building of advocacy skills, informing people about their rights and about the policies that are being consulted on, or mobilizing to apply pressure from 'outside' may be required.¹⁶⁶

Die Aktivitäten des AID korrespondieren mit dieser Aufzählung hinsichtlich der Bildung der Zivilgesellschaft durch Workshops und Konferenzen. Die Tagungen zur politischen Bildung tragen zur Aufklärung der Bevölkerung über ihre Rechte und über politische Maßnahmen bei. Durch die politischen Aktivitäten von zwei der drei Interviewpartner*innen bestehen Fähigkeiten im Bereich der Vertretung eigener Interessen. Dies zeigt nicht zuletzt die Mitwirkung am Verfassungsentwurf, in den das AID seine Vorstellungen von der Dezentralisierung des Landes einbringen konnte.

Die Organisation kann demnach verschiedene Ressourcen vorweisen, die Bergh als Kapazität beschreibt. Soziales Kapital ist ein Teil dieser Kapazität, aber auch ideelle Unterstützung durch prominente Mitglieder oder finanzielle Hilfe durch die HSS tragen dazu bei, die Kapazität des AID zu schaffen. Diese Kapazität ist wiederum die Grundlage, dass verschiedenartige synergetische Beziehungen der NGO mit anderen Akteur*innen innerhalb Tunesiens entstehen können.

164 Vgl. Interview 6.

165 Vgl. Gedächtnisprotokoll Interview HSS.

166 Bergh 2017, S. 235–236.

6 Das AID als synergieerzeugender Akteur des Dezentralisierungsprozesses

Als eine NGO, die sich aktiv mit der Demokratisierung Tunesiens auseinandersetzt und das Thema Dezentralisierung an erste Stelle setzt, geht das AID synergetische Beziehungen ein, um diesen Prozess mitzugestalten. Um diese Beziehungen zu erfassen, wird Evans' Konzept der State-Society-Synergien auf den tunesischen Kontext angewendet und auf Society-State-Synergien sowie Society-Society-Synergien erweitert. Zudem argumentiere ich, dass die Doppelfunktionen der AID-Mitglieder Potential für Synergien bereithalten.

6.1 State-Society-Synergien nach Evans: Staat und AID in einer synergieerzeugenden Beziehung

Eine komplementär erzeugte Synergie zeigt sich offensichtlich im Fallbeispiel des AID, indem eine staatliche Ordnung bereitgestellt wird, in deren Rahmen zivilgesellschaftliche Akteur*innen agieren können. Evans schreibt dazu: „effective states deliver rule-governed environments which ‚strengthen and increase the efficiency‘ of local organizations.“¹⁶⁷ Dazu gehören von staatlicher Seite die „provision and enforcement of rules“,¹⁶⁸ die es einer NGO erlauben, innerhalb eines funktionierenden rechtlichen Rahmens ihre Tätigkeiten durchzuführen und ihre Ziele zu verfolgen. Im hier untersuchten Beispiel ist es zudem hilfreich für das AID, dass der Staat selbst aktiv Visionen zur Dezentralisierung formulierte, die Dezentralisierung in die Verfassung aufnahm und sie nun aktiv umsetzt. Diese Form der State-Society-Synergie funktioniert komplementär, da sich die Beiträge des Staates und der des AID ergänzen, um dezentralisierende Maßnahmen zu implementieren. Der rechtliche Rahmen allein würde nicht ausreichen, um die Dezentralisierung zu etablieren, vielmehr bedarf es auch des gesellschaftlichen Wandels und der Bemühungen der NGO, wie Chouket selbst im Gespräch verdeutlicht.¹⁶⁹

Ähnlich wie die Bereitstellung eines funktionierenden staatlichen Systems, ist die Förderung einer medialen Öffentlichkeit ein weiteres vom Staat bereit gestelltes nichtgreifbares Gut,¹⁷⁰ in dessen Rahmen die dem AID nahestehende Zeitschrift *al-Mašir* regelmäßig erscheinen kann. Auch hierbei wird eine Synergie im Sinne der

167 Evans 1997, S. 180.

168 Ebd., S. 181.

169 Vgl. Interview 1.

170 Vgl. Tandler 1995, zitiert nach Evans 1997, S. 181.

Komplementarität erzeugt. Die in dem Magazin erscheinenden Beiträge sollen den demokratischen politischen Gedanken stärken und erweitern die journalistische Landschaft um ein demokratisch orientiertes Medium, das sich für Dezentralisierung einsetzt. Meinungspluralität fördert zudem das Anliegen des tunesischen Staats, die demokratischen Strukturen zu stabilisieren. Außerdem schafft eine pluralistische Medienlandschaft mehr Vertrauen in die publizierenden Medien selbst. Diese erwerben dadurch soziales Kapital, das sie wiederum in synergetische Beziehungen investieren können.

6.2 Rollenwechsel: Society-State-Synergien durch die Bereitstellung von Ressourcen des AID

Das Vorhaben der Dezentralisierung benötigt viele Ressourcen. Eine davon stellt ausgebildetes Verwaltungspersonal dar. Während das Bereitstellen des rechtlichen Rahmens eine State-Society-Synergie darstellt, lässt sich das AID-Projekt zur Weiterbildung der tunesischen Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem *Ministre de la Fonction Publique* in eine neue Kategorie der synergetischen Beziehungen einordnen. Definiert Evans komplementär erzeugte Synergien in dem Sinne, dass der Staat etwas zur Verfügung stellt, das der*die zivilgesellschaftliche Akteur*in in seiner Arbeit nutzen kann, so muss an diesem Punkt die Rollenverteilung neu ausgehandelt werden. Das hier vorliegende Beispiel kann als Society-State-Synergie bezeichnet werden, da das AID als zivilgesellschaftlicher Akteur ein Gut zur Verfügung stellt, das dem Staat bei der Umsetzung seiner Ziele hilft. Das AID übernimmt mit der Weiterbildung der Verwaltung einen Teil der Aufgabe, die oftmals dem Staat zufällt und eigentlich von der staatlichen *École Nationale d'Administration* als ausbildender Instanz oder dem *Centre de formation et d'appui à la décentralisation* als weiterbildender Einrichtung durchgeführt wird. Die Weiterbildung als ein dem Staat zur Verfügung gestelltes Gut ebnet den Weg für eine effektiv arbeitende lokale Verwaltung mit verbesserter Serviceleistung, die es braucht, um dezentalisierende Maßnahmen auf lokaler Ebene umzusetzen.

Soziales Kapital ist eine Komponente dieser synergetischen Beziehung. Folgende Ziele der Weiterbildung sollen Vertrauen und somit soziales Kapital in der Beziehung zwischen Verwaltung und Bevölkerung schaffen:

Change the image and bad reputation that is linked to the municipal administration in order to achieve reconciliation with the citizens, as well as paving the ground for the participation and positive interaction of citizens with the administration and the municipal and regional councils.¹⁷¹

Vertrauen fordert aber auch Rechenschaft der lokalen Behörden gegenüber der Bevölkerung, wodurch die Effizienz dieser lokalen Behörden gesteigert werden kann. Ein weiteres Ziel des AID-Weiterbildungsprogrammes ist daher die Umsetzung von Prinzipien wie „transparency, governance, accountability, combating corruption and waste of public money.“¹⁷² All diese Aspekte schaffen soziales Kapital, das wiederum ein zentraler Faktor ist, um alle Arten von Synergien, aber eben auch die Society-State-Synergien aufrecht zu erhalten. Entsprechend Putnams Definition des sozialen Kapitals schafft Vertrauen in die lokalen Behörden zudem eine Grundlage für Partizipation, was auch Paragraph 139 der aktuellen Verfassung aufgreift.¹⁷³ Der Mitarbeiter M. sieht es als einen ersten Erfolg, dass ein Bewusstsein für die Dezentralisierung in der Bevölkerung und in der Verwaltung bereits geschaffen wurde.¹⁷⁴ Danach sollte Vertrauen folgen, um schließlich der Partizipation der Zivilgesellschaft in der demokratischen Transition den Weg zu ebnet.

Auch als das AID am Schreibprozess der neuen Verfassung teilnahm, entstand eine Society-State-Synergie, die im Gegensatz zum vorherigen Beispiel jedoch durch Einbettung zustande kam. Folgendes Zitat zeigt, in welchem Ausmaß das AID involviert war:

to make the decentralisation as one of the main topics of the country. [...] then in 2014 the decentralisation will be a chapter of the new constitution. It was the first result which we obtain.¹⁷⁵

Die Society-State-Synergie entfaltete sich demnach durch die Impulse, die das AID beim Zustandekommen der Verfassung gab, um ein neues Grundgerüst für den tunesischen Staat zu erarbeiten. Als Vertreter der Zivilgesellschaft brachte das Institut eben jene zivilgesellschaftliche Perspektive ein, die die Dezentralisierung letztendlich zum Hauptthema werden ließ. Mit dem Voranschreiten der Dezentralisierung, und somit als ein direktes Ergebnis der entstandenen Synergie, erhoffte man sich für die Bevölkerung verschiedene Vorteile wie verbesserte Serviceleistungen seitens der Verwaltung, eine Verminderung der Korruption und mehr Transparenz. Dies wäre indirekt der Einbettung des AID in den Verfassungsprozess zu verdanken.

171 Arab Institute for Democracy 2019c.

172 Ebd.

173 Siehe Kapitel 3.2.

174 Vgl. Interview 3.

175 Interview 2.

6.3 Society-Society-Synergien: Beziehungen unter nichtstaatlichen Akteur*innen

Neben den State-Society- und den Society-State-Synergien können auch die Beziehungen und der Austausch zwischen nichtstaatlichen Akteur*innen Synergien erzeugen, die einen Beitrag zur Dezentralisierung leisten. Diese Effekte lassen sich am besten als Society-Society-Synergien beschreiben.

Eine solche synergetische Beziehung zwischen zwei nichtstaatlichen Akteuren, die von Komplementarität geprägt ist, entsteht durch die Kooperation des AID mit der HSS. Die HSS verfügt über Güter beispielsweise in Form finanzieller Ressourcen und 30-jähriger Expertise, die sie dem AID zur Nutzung bereitstellt.¹⁷⁶ Die Stiftung, die hauptsächlich als Geldgeber fungiert, braucht einen Kooperationspartner wie das AID, um ihre verfügbaren Gelder in effektive Entwicklungszusammenarbeit umzuwandeln. Wie bereits festgestellt werden konnte, nutzt das AID die finanzielle Förderung, um eigene Kapazitäten aufzubauen und Aktivitäten durchzuführen.¹⁷⁷ Dadurch kann die Beziehung zwischen diesen beiden nichtstaatlichen Akteuren als eine weitere Synergie im Dezentralisierungsprozess bezeichnet werden.

Synergieeffekte zwischen AID und HSS resultieren auch aus den Konferenzen, die zum Teil gemeinsam organisiert werden. Dazu zählt beispielsweise die Konferenz zum tunesischen Bildungssektor im Januar 2020.¹⁷⁸ Der Austausch von Wissen und die Plattform, die dafür bereitgestellt wird, ermöglichen zudem eine von Synergien geprägte Beziehung zwischen den Teilnehmer*innen und dem AID. Die Vernetzung mit lokalen Akteur*innen stärkt das AID in seiner Arbeit, und andersherum bauen lokale Akteur*innen Beziehungen zu einer national agierenden NGO auf, die durch ihre Mitglieder sowohl im zivilgesellschaftlichen als auch im politischen Kontext verhaftet ist.

6.4 Synergieerzeugung durch Grenzüberschreitungen und Doppelfunktionen

Wie bereits angesprochen, sind die Mitglieder des AID in mehreren Funktionen tätig. Durch Choukets Funktionen in der Politik, für den Staat und in seiner Partei partizipiert er nicht ausschließlich auf der Seite der Zivilgesellschaft am Dezentralisierungsprozess. Vielmehr überschreitet er regelmäßig die von Evans theoretisch gezogene Linie zwischen Staat und Gesellschaft. Entsprechend meint Bergh:

176 Vgl. Ebd.

177 Vgl. bereits Kapitel 5.3.

178 Vgl. Gedächtnisprotokoll Konferenz.

state and society are not self-contained spheres but must be understood in relational terms through the concrete links that exist between civil-society actors, political society, and state institutions.¹⁷⁹

Chouket rechtfertigt solche Querverbindungen zwischen den unterschiedlichen Sphären folgendermaßen: „I’m one of the political activists who has a strong intellectual background and for me national thought and political activity are related, strongly related.“¹⁸⁰ Seine Einstellung belegt, dass die Grenzen der Sphären in der Praxis relativ fluide sind.¹⁸¹

Indem er verschiedene Perspektiven in seiner Person vereint und zwischen dem journalistischen, zivilgesellschaftlichen sowie parteipolitischen Kontext wechseln kann, entsteht eine Synergie. Seine Einbettung in den unterschiedlichen Kontexten ermöglicht es, Wissen zu teilen, Perspektiven einzubringen und den Wissenstransfer zu erleichtern. Außerdem können Allianzen über die Bereiche hinweg geschmiedet werden, was eine Stärkung der Beziehungen untereinander zur Folge hat. Es wird also durch die Grenzüberschreitungen der innergesellschaftliche Austausch gefördert.

Die Mitglieder des AID nutzen ihre Doppel- und Mehrfachfunktionen, um ihre Arbeit voranzubringen, soziales Kapital sowie Kapazitäten zu erweitern und sich als Akteur*innen der Dezentralisierung zu etablieren. Chouket versucht dabei, die Balance zwischen seinen beiden Aufgaben als Politiker bei Nidaa Tounes und Chef des AID beizubehalten.¹⁸² Das konstante Aushandeln setzt die Flexibilität der jeweils agierenden Personen voraus, ist aber gleichzeitig eine Eigenschaft, die die Kapazität der NGO erhöht. Die daraus entstehenden Synergien im Sinne der Einbettung in verschiedene Bereiche lassen sich mit Beobachtungen Berghs in den ländlichen Gebieten Marokkos vergleichen. Sie sieht die Möglichkeit für „functional complementarities to emerge between political parties and social movements that allow them to become agents of democratic transformation.“¹⁸³ Die Mitglieder des AID werden zu Akteur*innen der Dezentralisierung und des demokratischen Prozesses in Tunesien eben *durch* die Flexibilität ihrer Funktionen und die regelmäßige Überschreitung der Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft in beide Richtungen. Dass daraus Synergien entstehen im Sinne der Einbettung, ist vergleichbar mit den aus Evans’ Sicht resultierenden entwicklungspolitischen Vorteilen synergetischer Beziehungen.

Insbesondere diese Art der Synergieerzeugung zeigt, dass die strikte Trennung des „öffentlichen“ (staatlichen) und „privaten“ (zivilgesellschaftlichen) Bereichs nur theoretisch möglich ist und eine synergetische Beziehung immer das Verwischen von

179 Bergh 2017, S. 232.

180 Interview 4.

181 Vgl. Bergh 2017, S. 232.

182 Vgl. Interview 4.

183 Bergh 2017, S. 29.

Grenzen zwischen privat und öffentlich beinhaltet.¹⁸⁴ Diese Grenzen werden stets neu ausgehandelt, besonders in Momenten des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs, wie sie Tunesien nach der Jasmin-Revolution 2011 erlebte.

184 Vgl. Ebd., S. 225.

7 Das AID als Akteur im Transitionsprozess: Dezentralisieren vom Zentrum aus

Seit der Jasmin-Revolution 2011 befindet sich Tunesien im Prozess der Demokratisierung, in dessen Rahmen Dezentralisierung ein wichtiges Element darstellt. Die tunesische NGO Arab Institute for Democracy etablierte sich in den letzten Jahren als zivilgesellschaftlicher Akteur. Der Schwerpunkt seines Programms und seiner Aktivitäten liegt auf den dezentralisierenden Maßnahmen in Tunesien und zielt damit auf die Stärkung einer demokratischen tunesischen Gesellschaft ab. Wie kann das AID nun im tunesischen Dezentralisierungsprozess eingeordnet werden und was sagt das über den Stand des Prozesses aus?

Nach Wahrnehmung des Mitarbeiter M. sei das AID kein zentraler Akteur, im Gegensatz zu „l’officielle“ – also zum Staat. Das AID nehme nur an einem Prozess teil, über den der Staat entscheide und den er anleite.¹⁸⁵ Anders sieht es der AID-Chef Chouket, der sich als aktiver und gestaltender Akteur im Transitionsprozess wahrnimmt. Dies verdeutlicht das folgende Zitat, welches zudem Zeugnis über den Zwischenstand der Dezentralisierungsbemühungen ablegt:

Until now, we have established the first kind of communities of decentralisation [...] We have now new municipal councils everywhere in 350 municipalities in all Tunisia but now we have plans to go to the second level. It’s the region and the region’s councils and then we go to the districts.¹⁸⁶

Diese ersten messbaren Ergebnisse einer Neustrukturierung der tunesischen Verwaltungseinheiten entsprechen den Anforderungen des Paragraphen 133 der Verfassung, der die Gründung der Gemeinde- und Regionalräte fordert. Das Hauptziel sei es, sagte Chouket, diesen Prozess abzuschließen.¹⁸⁷

Die Konferenzen, die die Entwicklung einer Strategie für die Zukunft der tunesischen Gesellschaft zum Zweck haben, bilden die Grundlage für die Trainingseinheiten und Workshops, die das AID in ganz Tunesien durchführt. Außerdem nannte Chouket als selbsterklärtes Ziel, neue politische Führungskräfte ausbilden zu wollen. Letztlich werden Ergebnisse der Bemühungen des AID an Choukets Vision der politischen Gleichstellung aller Tunesier*innen zu messen bleiben. So hoffte er, sinnbildlich für einen weit weg von Tunis liegenden Ort, dass „a child from Tataouine could dream to be president one day“.¹⁸⁸ Längerfristiger Erfolg in den vorgenannten Bereichen könnte

185 Vgl. Interview 3.

186 Interview 2.

187 Vgl. Ebd.

188 Interview 4.

– über die seit 2021 erneut herrschende politische Ungewissheit hinweg – die politische Stabilität des Landes fördern.

Dazu kommt die Weiterbildung der tunesischen Verwaltung, wodurch das AID eine Aufgabe übernimmt, die üblicherweise der Staat innehat. Dies zeigt, dass der Staat momentan über keine ausreichenden Kapazitäten verfügt, um in allen notwendigen Bereichen des Dezentralisierungsprozesses präsent zu sein. Doch wie Bergh feststellt, ist Dezentralisierung genau in dieser Teilhabe angesiedelt: „Decentralization comes in here as a means of opening up bureaucratic hierarchies to inputs from below.“¹⁸⁹ Die Weiterbildung der tunesischen Verwaltung in Kooperation zwischen dem *Ministre de la Fonction Publique* und der NGO ist dafür das beste Beispiel.

Die in der Literatur als wichtig erachteten Punkte des Dezentralisierungsprozesses,

political education; training in political leadership; political stability; political equality; accountability; responsiveness; improved decision making and inter-organisational coordination; and the promotion of competition¹⁹⁰,

erfüllt das AID zum großen Teil in seiner Arbeit. Eigenen Angaben zufolge gehört das AID zu den fünf aktivsten NGOs in Tunesien.¹⁹¹ Das lässt auf eine hohe Kapazität und ein hohes Maß an synergieerzeugender Aktivitäten schließen. Die Erzeugung von Synergien, wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, zeigt, dass das AID auf vielfältige Weise als ein aktiver Akteur des Dezentralisierungsprozesses angesehen werden kann.

Die Kapazität sichert auch das Fortbestehen des AID, indem beispielsweise Stiftungsgelder aufgrund seiner fortwährenden Aktivitäten kontinuierlich fließen und das soziale Kapital durch stete Nutzung und die Nähe zur tunesischen PRE vermehrt wird. Das AID profitiert von der strukturellen Zentrierung von Ressourcen und von seinen Standorten in der Hauptstadt Tunis und der Großstadt Sfax. Diese reale Voraussetzung widerspricht allerdings einem der zentralen Ziele der Dezentralisierung, Ressourcen umzuverteilen und allen Bürger*innen gleichen Zugang zu schaffen, um Chancenungleichheiten zu minimieren. Der Standort des AID im Zentrum des Landes mit all den dort verfügbaren Vorteilen belegt diese Ungleichheit, die offensichtlich immer noch vorherrscht. Die Lücke, die sich zwischen gesetzlichem Ideal und politischer Realität ergibt, versucht das AID zu schließen. Nach Selbsteinschätzung finden 80% der Aktivitäten außerhalb von Tunis statt, wodurch das AID Impulse für die politische Bildung und für ein Bewusstsein über den demokratischen Wandel geben

189 Bergh 2017, S. 33.

190 Smith 1985, zitiert nach Kulipossa 2004, S. 768.

191 Vgl. Arab Institute for Democracy 2019a.

will.¹⁹² Die Aktivitäten in vielen Regionen Tunesiens zeichnen das AID als Bindeglied zwischen dem Zentrum und den regionalen und lokalen Ebenen aus.

192 Vgl. Interview 1.

8 Schlussbemerkung

Die Anwendung des Modells der State-Society-Synergien auf das Fallbeispiel des AID im tunesischen Kontext wurde durch eine Erweiterung möglich. Evans stellt einen interessanten Ansatz als Untersuchungsinstrument zur Verfügung, wobei beachtet werden sollte, dass sein Begriff von Entwicklung und Entwicklungspolitik im globalen Norden entwickelt wurde. Deswegen wäre eine emische Betrachtung der tunesischen Dezentralisierung aus einer postkolonialen oder auch antikapitalistischen Perspektive ein möglicher Ansatzpunkt für weitere Untersuchungen.

Diese Untersuchung kann nur eine Momentaufnahme eines sehr kleinen Ausschnitts des Dezentralisierungsprozesses in Tunesien bieten. Besonders bei gesellschaftspolitischen Veränderungen, wie dem Demokratisierungsprozess in Tunesien als Folge einer Revolution und eines Systemwechsels, wäre eine langfristig angelegte Analyse unter Berücksichtigung verschiedener Perspektiven und Aspekte sinnvoll. Sie würde Aufschluss über den dauerhaften Erfolg dezentralisierender Maßnahmen geben können, der aufgrund der jüngeren Ereignisse gefährdet sein könnte. Der tunesische Präsident Kais Saied suspendierte Ende Juli 2021 das Parlament, entließ den Premierminister und hob die Immunität der Abgeordneten für 30 Tage auf. Gleichzeitig übernahm er die exekutive Gewalt im Staat und ließ mehrere Abgeordnete festnehmen, was mehrfach zu Menschenrechtsverletzungen, wie der Einschränkung der Bewegungs- und der Pressefreiheit führte.¹⁹³ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Studie lässt sich nicht abschätzen, was dies für den weiteren Verlauf des Dezentralisierungsprozesses in Tunesien bedeuten wird.

193 Vgl. Euro-Med Human Rights Monitor 2021.

Literatur

- Albrecht, Holger (2005). How can opposition support authoritarianism? Lessons from Egypt. In: *Democratization* 12 (3), S. 378–397. DOI: 10.1080/13510340500126798.
- Al Bawsala (26. Januar 2014). *Dustūr al-ġumhūrīyya at-tūnisīyya* [Verfassung der Republik Tunesien]. Abgerufen am 16. März 2021 von https://majles.marsad.tn/uploads/documents/TnConstit_final_1.pdf.
- Allal, Amin. (2013). Becoming revolutionary in Tunisia (2007–2011). In: Joel Beinin; Frédéric Vairel (Hrsg.): *Social movements, mobilization, and contestation in the Middle East and North Africa*. 2. Auflage. Stanford, California: Stanford University Press, S. 185–204.
- Anderson, Lisa (2014). *The state and social transformation in Tunisia and Libya, 1820–1980*. Princeton: Princeton University Press.
- Arab Institute for Democracy (2021). About. *Facebook*. Abgerufen am 16. März 2021 von https://www.facebook.com/pg/Arab.institute.democracy/about/?ref=page_internal. Eingeschränkter Zugriff.
- Arab Institute for Democracy (2019). *Al-barnāmaġ as-sanawī 2020* [Jahresprogramm 2020]. Internes Dokument.
- Arab Institute for Democracy (2019a). *Mulaħħaṣ li-ānšīta al-ma‘had al-‘arabi li-l-dīmuqrāṭīyya sana 2019* [Zusammenfassung der Aktivitäten des Arab Institute for Democracy im Jahr 2019]. Internes Dokument.
- Arab Institute for Democracy (16. September 2019b). Participation of the Green List Sfax 1 in the 2019 legislative elections... *Facebook*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.facebook.com/Arab.institute.democracy/posts/2469626083260885>. Eingeschränkter Zugriff.
- Arab Institute for Democracy (2019c). *Project „Modern Administration for Municipalities“ 2019/2021*. Internes Dokument.
- Asseburg, Muriel; Wimmen, Heiko (2016). Dynamics of transformation, elite change and new social mobilization in the Arab World. In: *Mediterranean Politics* 21 (1), S. 1–22. DOI: 10.1080/13629395.2015.1081448.
- Babnet (7. Januar 2016). *As-sīrat aḍ-ḍatīyya lil-nāṭīq ar-rasmī b-ism al-ḥukūma al-ġadida Ḥālid Šawkāt* [Biografie des neuen Regierungssprechers Khaled Chouket]. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.babnet.net/rtdetail-118206.asp>.
- Bergh, Sylvia I. (2017). *The politics of development in Morocco. Local Governance and participation in North Africa*. London: I.B.Tauris.
- Bouziane, Malika; Harders, Cilja; Hoffmann, Anja (Hrsg.) (2013). *Local politics and contemporary transformations in the Arab world. Governance beyond the center*. New York: Palgrave Macmillan.
- Breidenstein, Georg; Hirschauer, Stefan; Kalthoff, Herbert; Nieswand, Boris (2015). *Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung*. 2. überarbeitete Auflage. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH; UVK/Lucius.
- Claes, Thomas; Probst, Richard (2014). *Tunesien nach den Parlamentswahlen. Auf dem Weg zu einer neuen Republik?* Halle (Saale), Berlin.
- Deutsche Welle (27. Februar 2020). *Parlament in Tunis spricht neuer Regierung Vertrauen aus*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.dw.com/de/parlament-in-tunis-spricht-neuer-regierung-vertrauen-aus/a-52550137>.

- Eaton, Kent; Kaiser, Kai; Smoke, Paul J. (2011). *The political economy of decentralization reforms. Implications for aid effectiveness*. Directions in development; public sector governance. Washington, D.C.: World Bank Group. Abgerufen am 24. März 2021 von <http://documents.worldbank.org/curated/en/232401468155133502/The-political-economy-of-decentralization-reforms-implications-for-aid-effectiveness>.
- ENI CBC MED (2021). *Tunisian Green University*. Abgerufen am 20. September 2021 von <http://www.enpicbmed.eu/enicbmed-2014-2020/project-ideas-and-partner-search/tunisian-green-university>.
- Erdle, Steffen (2002). Zwischen Restauration und Transformation. Elitenwechsel in Tunesien. In: Volker Perthes (Hrsg.): *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*. SWP-Studie 2002/S. 41. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Euro-Med Human Rights Monitor (Oktober 2021). *Tunisia. One-man rule setback for human rights and rule of law*. Abgerufen am 13. Januar 2022 von <https://euromedmonitor.org/en/article/4678/New-report-One-man-rule-setback-for-human-rights-and-rule-of-law-in-Tunisia>.
- Evans, Peter B. (Hrsg.) (1997). *State society synergy. Government and social capital in development*. Berkeley, California: University of California.
- Furia, Annalisa. (2015). *The foreign aid regime. Gift-giving, states and global dis/order*. London: Palgrave Macmillan UK.
- Gobe, Éric (2017). La présidentialisation de l'impuissance politique (an II). In: *L'annee du Maghreb* (17), S. 313–333. DOI: 10.4000/anneemaghreb.3293.
- Hartmann, Christof; Crawford, Gordon (2008). *Decentralisation in Africa. A pathway out of poverty and conflict?* Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hanns-Seidel-Stiftung (2021). *Tunesien*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.hss.de/weltweit-aktiv/afrika/tunesien/>.
- Henneberg, Sabina (2020). *Managing transition. The first post-uprising phase in Tunisia and Libya*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hill, Jonathan N. C. (2016). *Democratisation in the Maghreb*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Houdret, Annabelle; Harnisch, Astrid (2018). Decentralisation in Morocco. A solution to the 'Arab Spring'? In: *The Journal of North African Studies* 24 (6), S. 935–960. DOI: 10.1080/13629387.2018.1457958.
- Kherigi, Intissar (2017). *Devolving power after the Arab Spring. Decentralization as a solution*. Istanbul: Al Sharq Forum.
- Kulipossa, Fidelx Pius (2004). Decentralisation and democracy in developing countries. An overview. In: *Development in Practice* 14 (6), S. 768–779.
- Loschi, Chiara (2018). Local mobilisations and the formation of environmental networks in a democratizing Tunisia. In: *Social Movement Studies* 18 (1), S. 93–112. DOI: 10.1080/14742837.2018.1540974.
- Low, Setha M.; Merry, Sally Engle (2010). Engaged Anthropology. Diversity and Dilemmas. In: *Current Anthropology* 51 (S2), S. 203–226. DOI: 10.1086/653837.
- Masri, Safwan M. (2017). *Tunisia. An Arab anomaly*. New York: Columbia University Press.
- Ministère des Affaires locales (9. Mai 2018). *Loi organique n° 2018-29 du 9 mai 2018, relative au Code des Collectivités Locales*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://legislation-securite.tn/fr/node/104277>.
- Ministère des Affaires locales (1. Juni 1994). *Loi n° 94-76 du 27 juin 1994, portant création du Centre de formation et d'appui à la décentralisation*. Abgerufen am 11. Februar 2022 von [https://legislation-securite.tn/law/44832#:~:text=Article%20premier%20\(nouveau\)%202D%20Modifi%C3%A9,ordre%20au%20budget%20g%C3%A9n%C3%A9ral%20de](https://legislation-securite.tn/law/44832#:~:text=Article%20premier%20(nouveau)%202D%20Modifi%C3%A9,ordre%20au%20budget%20g%C3%A9n%C3%A9ral%20de).

- Perkins, Kenneth J. (2008). *A history of modern Tunisia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Perthes, Volker (2002). *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*. SWP-Studie 2002/S 41. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Pickard, Duncan (2014). Prospects for implementing democracy in Tunisia. In: *Mediterranean Politics* 19 (2), S. 259–264. DOI: 10.1080/13629395.2014.917796.
- Premier Ministère (3. November 1964). *Loi n° 64-44 du 3 novembre 1964, portant réforme de l'Ecole Nationale de l'Administration*. Abgerufen am 15. November 2021 von <https://legislation-securite.tn/law/45124?search=Loi%20organique%20n%C2%B0202018-29%20du%209%20mai%202018>.
- Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert; Nonetti, Raffaella Y. (1994). *Making Democracy Work*. Princeton: Princeton University Press.
- Réseau Alternatif des Jeunes–Tunisie (2020). *Ar-raʿīsiyya [Startseite]*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.raj-tunisie.org/accueil/>.
- Šawkāt, Ḥalīd (12. Oktober 2019). Ḥawla al-hurūb min masʿūliyya al-ḥakm? [Über die Flucht vor der Verantwortung der Regierung?] *At-tūnisīyūn*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://attounis-siyoun.com/?احول-الهروب-من-مسؤولية-الحكم>.
- Schlehe, Judith (2008). Qualitative ethnographische Interviewformen. In: Bettina Beer (Hrsg.): *Methoden und Techniken der Feldforschung*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Reimer, S. 71–93.
- Schraeder, Peter J.; Redissi, Hamadi (2011). Ben Ali's Fall. In: *Journal of Democracy* 22 (3), S. 5–19. DOI: 10.1353/jod.2011.0047.
- Spittler, Gerd (2001). Teilnehmende Beobachtung als Dichte Teilnahme. In: *Zeitschrift für Ethnologie* 126 (1), S. 1–25.
- Steinich, Markus; Fiegle, Thomas; Hitzegrad, Anne; Wiedemann, Agnes (2017). Reforming the legacy of an authoritarian state. The case of Tunisia. In: Albrecht Stockmayer; Elke Siehl; Renate Kirsch (Hrsg.): *Transformation, politics and implementation. Smart implementation in governance programs*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 123–150.
- Tarchouna, Lotfi (2019). The Tunisian experience of decentralization since 2014. *Arab Reform Initiative*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://www.arab-reform.net/publication/the-tunisian-experience-of-decentralization-since-2014/>.
- Tripp, Charles (2013). *The power and the people. Paths of resistance in the Middle East*. Cambridge: Cambridge University Press.
- U.S. Embassy in Tunisia (2020). *Accountability, Decentralization and Effective Municipalities Project (TADAEEM)*. Abgerufen am 16. März 2021 von <https://tn.usembassy.gov/embassy/tunis/usaid-tunisia/democracy-and-governance/tadaeem/>.
- Yerkes, Sarah; Muasher, Marwan (2018). *Decentralization in Tunisia. Empowering towns, engaging people*. Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace.

Interviews und Gedächtnisprotokolle

- Interview 1. Interview mit Khaled Chouket, Gründer des AID, Politiker bei Nidaa Tounes, Journalist. Tunis, 15. Januar 2020.
- Interview 2. Interview mit Khaled Chouket. Tunis, 29. Januar 2020.
- Interview 3. Interview mit Mitarbeiter M., verantwortlich für das Projekt zur Weiterbildung der tunesischen Verwaltung. Tunis, 3. Februar 2020.

Interview 4. Interview mit Khaled Chouket. Tunis, 11. Februar 2020.

Interview 5. Interview mit Mitarbeiter M. Tunis, 28. Februar 2020.

Interview 6. Interview mit Mitarbeiterin S., verantwortlich für Verwaltung und Organisation und für den Aufbau des Regionalbüros in Sfax. Tunis, 2. März 2020.

Gedächtnisprotokoll Konferenz. Gedächtnisprotokoll während der internationalen Konferenz zur Bildung des tunesischen Zivilstaats mit Redebeiträgen und Anwesenheit der Presse. Tunis, 24.–25. Januar 2020.

Gedächtnisprotokoll Interview 3. Gedächtnisprotokoll des Interviews mit Mitarbeiter M. Tunis, 3. Februar 2020.

Gedächtnisprotokoll Interview HSS. Gedächtnisprotokoll des Interviews an der Hanns-Seidel-Stiftung, einer deutschen Politischen Stiftung mit Regionalbüro in Tunis. Tunis, 25. Februar 2020.